

Bergarbeiter-Zeitung

Organ des Verbandes der Bergarbeiter Deutschlands

Abonnementpreis monatlich 50 Pf., vierteljährlich 1,50 Mk.; durch die Post monatlich 1,50 Mk., vierteljährlich 4,50 Mk. Einzelne Nummern kosten 1 Mk. Post- und Versammlungsinserate kosten pro Zeile 25 Pf. Geschäftsinsereate werden nicht angenommen.

Glück Auf!

Verantwortlich für die Redaktion: Theodor Wagner, Bochum
Druck und Verlag von G. Sandmann & Co., Bochum, Wilmshofenstraße 38-42.
Telephon-Nr.: Vorband 98, Expeditions 99. Telegramm-Adresse: Mittelrand Bochum.

Zum Jahreswechsel.

Ein neues Jahr! Was birgt's in seinen Falten
An Menschenelend und an Menschenglück?
Wie werden neu die Dinge sich gestalten,
Und geht es vorwärts oder geht's zurück?
Wir wissen's nicht, denn dunkel bleibt das Wallen
Der Zukunft und das kommende Geschick.
Doch soll uns dies die Tatkraft nimmer hemmen;
Jedwem Druck entgegen uns zu stemmen.

Mag darum dräuend auch das Schlimmste kommen
An Haß, Verfolgung und gemeiner List,
Wir haben nie den Rückzug noch genommen
Und unser Recht gewahrt zu jeder Frist.
Wo wir gekämpft, geschah's zu Nutz und Frommen
Der Knappschaff, die so vieles noch vermist
Bei ihrem schweren, mühevollen Schaffen,
Wo alle Muskeln vor der Zeit erschlaffen. —

Doch hätten wir das Doppelte errungen,
Und ständen stärker jetzt in Trutz und Wehr,
Wär es der schlimmen Bosheit nicht gelungen,
Den Zwist zu schleudern in das Knappenheer —
Und immer noch hält ihre Sauf geschwungen
Zu neuem Wurf den giftgetränkten Speer. —
Wie lange noch, wie lange soll es dauern,
Daß eigne Brüder uns den Weg vermauern? —

Verblendete! Doch wird der Tag einst kommen,
Wo dieser falsche, schänderliche Wahn
An seiner eignen Bosheit ist verglommen;
Und wieder Einheit zeichnet uns're Bahn.
O wäre schon die Bastion genommen
Und Lug und Trug der Wahrheit untertan,
Der Wahrheit und dem reinen Licht der Sonnen,
Wie vieles, vieles hätten wir gewonnen! —

Zum neuen Jahr darum das Einzigeste
Als Wunsch: Es bringe den Zusammenschluß
Der Knappen all zu einer Riesenveste,
Zu einem Walle, trotzend jedem Schuß. —
Und räume auf, auch bis zum letzten Reste,
Mit Haß, Zwist, mit Nörgeln und Verdruß. —
Ja; wäre so gebannt das Schlimme, Schwere,
Ging's flott zum Siege mit dem Knappenheere. — S. R.

Die Religion ist in Gefahr!

Daß es so kommen würde, haben die Kenner der bedenkenlosen Zentrumsstaktik vorausgesehen. Als die Zentrumsfraktion 1909 im Reichstag die von dem Zentrumsabgeordneten Erzberger auf jährlich 45-50 Millionen Mark bemessene Schnapssteuergabe den Zählern schenkte, auch die Besteuerung der reichen Erben ablehnte, aber dafür die breite Masse der Besitzlosen mit neuen Bier-, Branntwein-, Tabak-, Blindhölzer-, Kaffee- und Teesteuern bepackte, da waren sich die Zentrumskenner sofort darüber klar, daß die Merkmalen den nächsten Reichstagswahlkampf zu einem „Religionskampf“ machen würden. Um die schändlich betrogenen Wähler abermals zu betrügen.

Hat doch keine bürgerliche Partei ihren Wählern 1907 feierlicher wie das Zentrum versprochen, keine neue Belastung der schwachen Schultern zu bewilligen. Ja, die Zentrumspresse hat die Wähler dringend aufgefordert, nur Zentrum zu wählen, denn die anderen Parteien beabsichtigten eine Vermehrung der indirekten Steuern. In einer offiziellen Parteiprogramm des Zentrums für die Wahl 1907 heißt es:

Geplant sind neue Steuern auf Bier, Branntwein, Tabak. Wenn aber das Zentrum in dieser Stärke wieder in den Reichstag einzieht, dann ist das Volk vor dieser neuen Belastung bewahrt.

Klarer kann man dem Volke die Ablehnung neuer Belastung nicht versprechen. Zum Vertrauen auf dieses feierlich gegebene Versprechen haben 1907 Hunderttausende katholischer Arbeiter und Mittelständler Zentrum gewählt. Sie sind dafür in dreifacher Weise betrogen worden! Die Zentrumsfraktion schützte die großen Geldsäcke und plünderte die Armen!

Nur um diese Untaten zu verschleiern, schreit jetzt die Zentrumspresse alltäglich ihren Lesern zu: „Die Religion ist in Gefahr!“

In welcher Weise das katholische Volk in seinem Vertrauen auf die gerechte Steuerpolitik des Zentrums noch kurz vor seinem zünftigen Berrat bestärkt wurde, dafür diene als Beweis folgende Auslassung des Düsselbacher Zentrumsblatts vom 17. Dezember 1908 über die regierungsfreudig vorgelegene, von den erblichkeits junkerlichen Agrarconservativen, im Interesse des Familienfusses bekämpften Erbanfallsteuer (Nachschaffsteuer). Darüber schrieb das Düsselbacher Zentrumsblatt:

„Das bühnen Nachschaffsteuer soll am Familienfuss rütteln, aber die schmachvolle sittliche Gemeinheit und Verkommenheit, die leider Gottes so sehr in den Kreisen jener Leute herrscht, die da einmal zahlen sollen für das Reich nach Recht und Gerechtigkeit, die schädigt anscheinend den Familienfuss nicht. Die demagogische Kampfmethode der Gegner dieser gerechtfertigten Steuer muß endlich einmal öffentlich geäußert werden. Wer soll denn die Nachschaffsteuer treffen? Doch nur solche, welche zahlen können... Es sind die Großgrundbesitzer, welche schreien und loben, jene stolze und stolze Volkstugende, die es so ausgezehrt verstehen, die Frauen für ihre Zwecke auszunutzen, die ihren Wortschwanzismus vom Reiche in klingender Münze belohnt wissen wollen, die immer eine sehr freigebige Hand haben gegenüber dem Reich, aber nicht gefüllt von ihrem Ueberfluß, sondern von den Großden her großen Masse der unbedeutendsten Stände. Mit Freuden bewilligen sie Steuern auf den Massenkonsum und wissen viel von Luxus zu erzählen, den das Volk sich erlaubt, wenn es eine Zigarre raucht oder etwa ein Pfeifchen Tabak, gar nicht einmal zu reden von der entscheidenden Geldverschwendung, die in der Ausgabe für ein Glaschen Bier liegt. Das ist Luxus, heißt es dann pathetisch, denn Bier und Zigarren sind keine notwendigen Lebensbedürfnisse. Scheinheilige Puritaner, die anderen zur Sünde anrechnen, was sie selbst in weit größerem Maße tun! Die ungeheuerliche Verschwendung ist freilich schon in unserer Gesellschaft zu einem wahren Lebensbedürfnis geworden, und daher leiten diese eben deren Wohl das Recht her, daß sie verschont bleiben von den Lasten für das Reich.“

Größter hat kein sozialdemokratisches Blatt die selbstmüchtige Junkerpolitik geißelt, als diese Zentrumszeitung. Nebenbei so erklärten zahlreiche andere Zentrumsblätter, auch Zentrumsvereinsorgane (s. B. die „Baueigenenschaft“), die Erbanfallsteuer für durchaus berechtigt und notwendig. Einige Monate später lehnte die Zentrumsfraktion diese gerechte Steuer ab und unternahm den Rückzug auf die Tischen der breiten Volksmasse!

Darum entstand eine nur mühsam unterdrückte Erbitterung in den Kreisen der gutgläubigen katholischen Arbeiter und Mittelständler. Darum die schweren Niederlagen der Zentrumspartei bei den Reichswahlen in den überwiegend katholischen Wahlkreisen Rempten-Immensenstadt, Konstanz, Düsseldorf. Darum jetzt das Geschrei der um

ihre Mandate hangenden Merkmalen: „Die Religion ist in Gefahr!“

Liberalismus und Sozialdemokratie seien die „Todsünde der Religion“, heißt es in Zentrumsflugblättern. Ein schauerliches Bild wird besonders entworfen von dem „Religionshaß“ der Sozialisten. Dabei hat das „allerchristlichste“ Zentrumsmitteil diesen „religionsfeindlichen“ Sozialisten wiederholt Wahlbündnisse abgeschlossen! So für ganz Bayern, wo das „allerchrist-

„An ihren Früchten sollt ihr sie erkennen!“

„Die in Frage stehenden Textilindustriellen des Ministerlandes erscheinen heute nur noch als Kaufschneidern, die vom eigentlichen Christentum nur noch den Tauschein gerettet haben. Hier glauben wir wieder eine oftmals gemachte Erfahrung bestätigt zu finden, daß diejenigen am allerwenigsten taugen und die größten Zuchtstümpfe sind, die in der Kirche den Anschein erwecken, als wollten sie aus lauter Liebe zum Erlöse diesen vom Kreuze herabnehmen und sich selbst daran hängen.“

„Vergl. Nr. 10“, anlässlich der Aussperrung der Reglarbeiter in Koesfeld (Minsterland), im November 1902.

„Auch sehr fromme Leute werden den berechtigten Ansprüchen der Arbeiter aus sich selbst heraus nicht mehr gerecht. Den Arbeitern wird das Fell über die Ohren gezogen, wenn sie sich nicht zusammenschließen.“

Johann Sieberts im Juli 1904 auf dem christlichen Gewerkschaftstreffen in Essen.

„Die Arbeiterschaft wurde geradezu zur Sunbedeutung und Anspruchlosigkeit erzogen, die in jedem Arbeitgeber nur den großen „Wohlthäter und Brotherrn“ zu erblicken hat, vor dem der Arbeiter demütig (demütig) zu stehen hat...“

Der Kapitalismus herrscht nirgendwo brutaler wie in Oberschlesien, was ihn bei dem gutmütigen, servil (zur Demut) erzogenen, tiefreligiösen Volke um so leichter möglich ist. Irigendwo wäre es notwendig, als in Oberschlesien, daß die Arbeiterschaft sich einmal aufraffe, sich gewerkschaftlich organisierte, um durch einen energischen wirtschaftlichen Kampf sich ein besseres Los zu erringen.“

„Der Deutsche Metallarbeiter“ (christlich), im September 1908 über die „allerchristlichsten“ Beamten- und Hüttenherren in Oberschlesien.

„Für die Geschichte des christlichen Metallarbeiterverbandes ist es wichtig, festzustellen, daß in keinem anderen Bezirk unseres deutschen Vaterlandes der Verband mehr bekämpft wird, als in dem dunkelsten und allerchristlichsten Bezirk zwischen Köln bis Düren; dieses stellt dem sozialen Verstande dieser katholischen Mitbürger das denkbar schlechteste Zeugnis aus.“

„Der Deutsche Metallarbeiter“ (christlich), Juli 1904.

„Wer die kirchlichen Werkstätten Rheinlands, Westfalens, Mitteldeutschlands, Bayerns und Württembergs kennt, wird zugehen müssen, daß dort überall, ohne Ausnahme, die niedrigsten Löhne zu finden sind, mit denen es kaum möglich ist, anständig zu leben. Von der durchweg langen Arbeitszeit gar nicht zu reden.“

„Der Holzarbeiter“ (christlich), Mai 1906, über die Werkstätten für christliche Kunst.

„Es war mir bisher nicht recht klar, weshalb uns Katholiken eigentlich vorgeworfen wurde, wir huldigen meistens dem Grundsatz: „Der Zweck heiligt die Mittel“. Seit ich aber durch meine Berufarbeit gezwungen bin, den „Boten des Sulzbachstales“ und die „Kunstgewerbe Zeitung“ zu lesen, ist mir das klar geworden. Beides sind nämlich katholische Zeitungen. Sie huldigen, wenn es gegen die christlichen Gewerkschaften geht, dem Grundsatz: „Der Zweck heiligt die Mittel“. Keine Lage ist so düster, als daß sie nicht in den Spalten der beiden Blätter Aufnahme fände.“

Gewerkschaftsjournalist G. Hüster in der „Saarpf.“, September 1906.

„Wir haben uns überzeugt, daß diejenigen, die den größten Reichtum besitzen, am wenigsten christliches Gefühl für die Arbeiter haben.“

Gewerkschaftsvorsitzender W. Schiffer im Jahre 1906 in Breslau.

„Nicht-religionsfeindliche“ Bündnis sogar im hohen Dom zu Speyer, „unter den Kaisergräbern“, besprochen wurde! Weiter ist bekannt geworden, daß 1907 der Geschäftsführer des zentralen Zentrumswahlkomitees, Herr Abgeordneter Müller-Fulda, dem sozialdemokratischen Parteivorstand eine gegenseitige Unterstützung zwischen Zentrum und Sozialdemokratie empfohlen hat! Das „allerchristlichste“ Zentrum hat die „religionslose“ Sozialdemokratie wiederholt zu Mandaten be-

hoffen und ließ sich selbst gern von den „Todsünden der Religion“ unterstützen.

Wäre die Sozialdemokratie wirklich „christentumsfeindlich“, dann hätten die führenden Leute im „allerchristlichen“ Zentrum die Todsünde auf sich geladen, mit voller Kenntnis der sozialistischen Ziele die Sozialdemokraten zu fördern. Da aber die Zentrumsführer ganz genau wissen, daß die Sozialisten gegen jede Unterdrückung der religiösen Bekennnisse kämpfen, deshalb ist das Geschrei der Merkmalen: „Die Religion ist in Gefahr!“ eitel Heuchelei! Es ist eine ganz gewöhnliche Wahlmanie der wortbrüchigen Volksbelaster.

Nichtig ist allerdings, daß sich die Zahl der Männer und Frauen, die heute an den Kirchentüren vorbeigehen, in den letzten Jahrzehnten riesig vermehrt hat. Die Erklärung dafür bietet das Verhalten der Parteien und Personen, die speziell für sich in Anspruch nehmen, „im christlichen Sinne“ zu wirken.

„Was ihr dem Geringsten unter euch tut, das tut ihr mir!“ lehrte Christus seinen Anhängern. Die sich „christlich“ nennenden Parteien aber haben selbst den ärmsten der Armen die notwendigen Nahrungsmittel verteuert. Als Todsünde wird in der Christenlehre die Vererbung der Witwen und Waisen verurteilt. Die angeblich „christlichen“ Parteien aber haben die Witwen- und Waisen um ihre ihnen im Jostarifgesetz 1902 versprochenen Unterhaltungsgebel gebracht. Und der § 1322 in der Reichsversicherungsordnung ist dann so gefaßt worden, daß auf ihn gestützt nun die Beschenbhaber den Hinterbliebenen der Knappschaffsmitglieder sogar die ärmlische Witwen- und Waisenrente kürzen können! Schon ist das geschehen im Saargebiet, im Wurmgebiet, in Schlesien, in Sachsen und im Ruhrgebiet.

Weil die unchristlichen Apostel und Prediger die Unterdrückung der Armen, den Reichtum weniger neben der Bedürftigkeit vieler als eine widerchristliche „Ordnung“ leidenschaftlich bekämpften, deshalb strömten den allchristlichen Gemeinden in erster Linie die Proletarier, die Mißseligen und Beladenen, die Gehrecheten und Ausgebetteten zu. Welche gesellschaftliche Entwicklung liegt seitdem hinter uns? Heute sehen wir einen unerhöht rosenden Tanz um das goldene Kalb, ein kriecherisches, brünstiges Anhängeln der auf Kosten der Ausgebetteten millionenreich gewordenen Mammonsfürsten, sehen wir ein idealloses, widerliches Bauernvolk vor dem größten Geldsack. Aber von denen, deren Beruf es ist, im Namen des Christentums die kapitalistischen Drogen als eine Verhöhnung der christlichen Gemeinschaftslehren mit klammenden Worten zu brandmarken, finden nur wenige den Mut dazu. Aus Feigheit und Bequemlichkeit, aus Angst vor dem Verlust des Amtes, läßt heute die große Mehrzahl der Theologen stillschweigend geschehen, was auch verübt wird an Gewalttaten gegen die Armen. Ja nicht wenige Geistliche stellen sich offen auf die Seite der Reichen.

Weiße Kreuze des arbeitenden Volkes haben diesen Klaffenenden Widerbruch zwischen christlicher Lehre und unchristlicher Praxis, herausgeholt. Daher die Abwendung von dem blutleeren Wortchristentum, wie sich einkens die ehrlieh Religiösen abwandten von dem Wortgefingel der Patriarchen und Schriftgelehrten im alten Jerusalem. „Lönendes Erz und klingende Schellen!“ Die Herzen werden nicht mehr erwärmt, weil die weltgewinnende, begeisterte und begeisternde Ueberzeugung abhanden gekommen ist.

Noch mehr gefährdet die Religion, daß so viele Geistliche sich ohne Rücksicht auf die Gemeindeglieder in den Dienst der nur äußerlich christlichen Parteien stellen. „Mein Reich ist nicht von dieser Welt!“ jagte Christus. Viele seiner angeblichen „Nachfolger“ aber sehen wir mitten in dem sehr weltlichen Kampf der Parteien um die politische Macht stehen und manchmal gerade diese Männer am geschäftigsten in der Bekämpfung ihrer Parteigegner. Doch das möchte noch hingehen. Die stärkste Empörung erzeugen Geistliche durch ihr Verhalten selbst in der Kirche, wo ihnen niemand widersprechen darf. Bei uns sind zahlreiche Briefe und mündliche Mitteilungen von Kameraden eingelaufen, die entsetzt von dem Mißbrauch berichten, der jetzt mit der Kanzel und dem Betstuhl zu parteipolitischen Agitationen gemacht werden wird! Nicht wenige Geistliche benutzen ihre Predigten zur politischen Propaganda für dieselben Parteien, deren Verhalten im letzten Reichstag so manchen ehrlichen Christen zur Erbitterung getrieben hat. Was ist die natürliche Folge dieses „geistlichen“ Nutzens? Die Kirchenbesucher, welche nicht zu den von den Kanzeln empfohlenen Parteien gehören — und es sind durchaus nicht wenige! — verlassen empört die Kirchen, wo sie statt religiöser Erbauung zu finden, partei-

politische Agitationsreden zu hören bekommen. Ost schon haben wir die Zukunft ihrer Kirche ernstbesorgte Geistliche ihre Umstände...

Wie auch der Mißbrauch der Bezeichnung „Christlich“ bei dem Auftreten gerade der gehäßigsten „Christlich-nationalen“ Agitatoren es dahin gebracht hat, daß man bereits in ungemein weiten Arbeiterkreisen bitter-ironisch einen bösen Streich, der sich gegen die Arbeiterinteressen richtet, „Christlich“ nennt...

Wenn nun die Wortchristen schreien: „Die Religion ist in Gefahr!“ — dann kann ihnen von christlich-Christlicher Seite mit vollem Entgegenkommen werden: „Sawohl, aber ihr mit eurem heuchlerischen Pharisäertum seid die größte Gefahr für die Religion!“...

Verwaltungsrecht der Arbeitervertreter im Allg. Knappschaftsverein Bochum.

In der vorigen Nummer der „Bergarbeiter-Zeitung“ haben wir schon mitgeteilt, daß die Beschwerde der Vorstandskassen im Bochumer Knappschaftsverein gegen den Bescheid des Oberbergamts in Sachen Wahrung des Derner Gemeinde-Krankenhausrechts endgültig abgewiesen ist.

In der Vorstandsitzung vom 14. April 1910 machte die Verwaltung des Knappschaftsvereins dem Vorstande den Vorschlag, das Gemeinde-Krankenhaus in Derner auf fünf Jahre zu pachten und insbesondere auch zu prüfen, ob von dem angebotenen Verkaufsprakt Gebrauch gemacht werden sollte.

Die Werksbesitzer riefen nun gemäß § 94 Abs. 3 der Satzung die Entscheidung des Oberbergamts an. Sie behaupteten in ihrer Eingabe an das Oberbergamt, durch die Nichtannahme des Antrages seien die Interessen des Vereins gefährdet. Ihre Beweisführung stützte sich in der Hauptsache auf folgendes: Sie führten 23 Krankenhäuser an, die in der Dornmunder Gegend liegen und deren Verträge mit dem Knappschaftsverein in Kürze ablaufen.

Die Arbeitervertreter richteten hierauf einen Schriftsatz beim Oberbergamt ein, in welchem sie Zurückweisung des Antrages der Werksbesitzer beantragten und zur Begründung ihres Antrages unter anderem ausführten:

Zunächst ist wirklich nicht einzusehen, wie durch die Erwerbung eines Krankenhauses mit höchstens 80 Betten ein Druck auf die übrigen 23 im Bezirk sich befindlichen Krankenhäuser bei Abschließung von neuen Verträgen ausgeübt werden kann. Vorausgesetzt, daß wirklich das eintritt, was die Werksbesitzerseite behauptet, nämlich, daß jene 23 Krankenhäuser einen höheren Pflegegrad fordern werden, wenn ihre Verträge abgelaufen sind.

Table with 4 columns: Year, In Krankenhaus, In Recklinghausen, In den übrigen Krankenhäusern. Rows for years 1908, 1909, 1907.

Nach dem Wirtschaftsplan für 1910 ist für das Knappschafts-Krankenhaus Recklinghausen ein Pflegegrad von Mk. 6.— und für das Krankenhaus in Gelsenkirchen ein solcher von Mk. 6,04 pro Pflegegrad vorgesehen.

Daß derartige hohe Pflegegrade, wie sie in den Knappschafts-Krankenhäusern also tatsächlich bestehen, von den übrigen Krankenhäusern nach Ablauf ihrer Verträge auch nur annähernd gefordert werden, ist nicht zu befürchten.

Auch der weitere Grund, den die Werksbesitzerseite in ihrem Schriftsatz anführt, um ihr Verlangen zu stützen, ist u. E. nicht stichhaltig. Zunächst liegt eine Verletzung der in den fraglichen Krankenhäusern tätigen Ärzte darin, daß ihnen untergeschoben wird, daß sie in gerichtsamtlicher Absicht, um die für jeden Pflegegrad festgesetzte besondere Remuneration zu erhalten, die Pflegegrade länger im Krankenhause behalten, als es ihr Zustand erfordert.

Christentum und Sozialismus.

... Das Los eines Sklaven ist fast beneidenswert gegenüber einem solchen „weißen Sklaven“. Jener hatte doch wenigstens zu essen; sein Herr sorgte doch für seine Erhaltung, da der Verlust eines Sklaven die Anschaffung eines neuen nötig machte. Der Unternehmer, der Kapitalist aber bentet seinen Sklaven, seinen sogenannten freien Arbeiter, möglichst aus, und wenn seine Kraft verbräunt ist, dann mag er gehen, eine neue, frische Arbeitskraft tritt an seine Stelle, eine Arbeitskraft, die der Arbeiter vielleicht selbst mit schweren Opfern ihm in seinen Söhnen großgezogen hat.

Kaplan und Professor Dr. H i c k e 1878 über die sogenannte „Christliche Weltordnung“, für die jetzt der „Bergknappe“ aus Leibestärken kämpft.

Wir müssen den Kampf des Sozialismus gegen das absolute, aus rein heidnischen Begriffen stammende Eigentum als etwas Gerechtes, den christlichen Ideen Verwandtes betrachten. Wir streben mit den Sozialdemokraten eine durchgreifende, radikale Reform des Eigentums an. Die gegenwärtige soziale Anordnung ist eine Sünde gegen das Christentum, gegen alle natürlichen und von Gott gegebenen Gesetze; sie mit allen geschlichen Mitteln zu bekämpfen, ist geradezu Pflicht und Aufgabe jedes ernstlichen Christen...

„Deutsche Reichszeitung“ (Zentrumsblatt) in Bonn 1898. Der „Bergknappe“ aber nennt es eine „Christlich-nationale“ Pflicht, diese unchristliche kapitalistische Gesellschaftsordnung zu beschützen.

Was die gegenwärtige Wirtschaftsordnung den höchsten Anforderungen entspricht, christlich ist sie nicht, sondern sehr unchristlich, selbsthützig und grausam. Aber daß die Wirtschaftsordnung, welche die Sozialdemokraten erstreben, jenen christlichen Grundsätzen der Gleichheit, Gerechtigkeit und Brüderlichkeit viel mehr entspricht, als die gegenwärtige kapitalistische, das kann kein Unbefangener und Klarblickender in Abrede stellen.

Oberkonsistorialrat Frank (Danzig) am 6. September 1900.

„Jeder mag glauben, was er will; er kann als Sozialdemokrat katholischer Christ, er kann Atheist und Materialist sein, das geht innerhalb der Partei keinem Menschen etwas an... Wir treten der Vermengung der kirchlichen und staatlichen Gewalt entgegen und verlangen die absolute Trennung der Gewalten... Es soll mit diesem Programmpunkt in keiner Weise den religiösen Anschauungen einzelner zu nahe getreten werden, wir stehen im Gegenteil — das ist unsere heiligste Ueberzeugung — auf dem Standpunkte, daß wir in religiösen Glaubensfragen absolute Neutralität und nichts als Neutralität zu beachten haben.“

A. B e l auf dem sozialdemokratischen Parteitag in München 1902.

gezeichneten Arbeitervertreter sehen sich aber veranlaßt zu erklären, daß sie sich auch dieser Ansicht der Werksbesitzerseite nicht anschließen. Es ist sehr fraglich, ob die Interessen des Vereins dadurch gefördert werden, daß die kaum Gesehnen Knappschaftsmittel so bald wie möglich aus dem Krankenhause entlassen und zur Arbeit getrieben werden.

Schließlich gestatten wir uns noch auf eins hinzuweisen: Die unseren Knappschaftsverein gebührenden Krankenhäuser sind weit entfernt davon Musteranstalten zu sein, wie sie sein sollten. Und in diesen Krankenhäusern wird den Arbeitervertretern nicht einmal gestattet, was ihnen in den anderen Krankenhäusern wenigstens teilweise zugestanden wird, nämlich dieselben zu besuchen und gewissermaßen zu kontrollieren.

Durch Beschluß vom 16. Januar 1911 entschied das Oberbergamt, die „Befürchtung“ der Werksbesitzer, daß durch die Nichterwerbung des Derner Krankenhauses „erhebliche Interessen des Vereins gefährdet“ würden, sei begründet und hob den fraglichen Vorstandsbeschuß auf.

Die Begründung des Beschlusses deckte sich in der Hauptsache mit den von den Werksbesitzern gemachten Angaben.

Die Arbeitervertreter riefen nun durch Beschwerdebeschluß vom 11. Februar 1911 die Entscheidung des Oberbergamts in Knappschaftsangelegenheiten an. Am Anschluß hieran hat sich dann ein lebhafter Wechsel von Schriftsätzen beiderseitig entwickelt. Zur Kennzeichnung der Sachlage lassen wir den letzten Schriftsatz der Arbeitervertreter in dieser Sache an das Oberbergamt vom 18. April 1911 folgen:

Auf den Schriftsatz der Vorstandskassen des Allgemeinen Knappschaftsvereins Bochum, Klein und Gelsen, vom 21. März d. J., gestatten sich die Unterzeichneten folgendes zu erwidern: Entscheidend in dieser Sache ist, ob durch die Nichterwerbung des Gemeindekrankenhauses in Derner durch den Allgemeinen Knappschaftsverein die Interessen des letzteren verletzt werden oder nicht.

Die Herren Kleine und Genossen haben in ihrem Schriftsatz versucht nachzuweisen, daß durch die Nichterwerbung des fraglichen Krankenhauses der Allgemeine Knappschaftsverein geschädigt wird, dieser Nachweis ist u. E. nicht gelungen. Die Herren müssen zugeben, daß die durchschnittlichen Pflegekosten eines Pflegegrades in den Knappschaftskrankenhäusern höher „erschienen“ als die Kosten in den anderen Krankenhäusern. Aber die Kosten in den Knappschaftskrankenhäusern „erschienen“ nicht nur höher, sondern sie sind tatsächlich höher als in den anderen Krankenhäusern. Ob bei den Pflegekosten in den Knappschaftskrankenhäusern Verzinsung und Amortisation mit eingerechnet sind und bei den anderen Krankenhäusern nicht, ist nebensächlich. Die Hauptfrage ist: Welche Kosten entstehen dem Knappschaftsverein pro Pflegegrad in den Knappschaftskrankenhäusern und in den anderen Krankenhäusern? Und in dieser Beziehung steht fest, daß die Pflegekosten in den Knappschaftskrankenhäusern um mehr wie das Doppelte höher sind als in den anderen Krankenhäusern, wie wir in unserem Schriftsatz an das Königliche Oberbergamt zu Dortmund vom 14. Juli 1910 nachgewiesen haben.

Die Behauptung der Herren Kleine und Genossen, daß die hohen Kosten der Verpflegung in den Knappschaftskrankenhäusern den Wittgebern zugute kommen, ist unzutreffend und den Beweis dafür erbringen die Herren selbst. Nach ihrer Angabe betragen die Kosten der reinen Verpflegung in dem Knappschaftskrankenhaus I 1,10 Mk. und in dem Knappschaftskrankenhaus II 1,02 Mk. pro Tag, während die Gesamtkosten pro Pflegegrad in diesen Krankenhäusern mindestens das fünffache der obigen reinen Verpflegungskosten betragen. Wenn die Beschwerdeführer noch irgend etwas veranlassen könnten, auf ihrem abnehmenden Standpunkt zu beharren, so ist es dieses schreckende Mißverhältnis zwischen den Gesamtausgaben pro Pflegegrad und den für die erkrankten Mitglieder wirklich aufzubeweienden Verträgen.

Wenn die Herren Kleine und Genossen Zweifel in unsere Angabe legen, daß die Vereinsmitglieder gegen den Erwerb weiterer Knappschaftskrankenhäuser sind, so verweisen wir darauf, daß wir die Stimmung der Knappschaftsmitglieder kennen, weil wir ständig in Fühlung damit stehen. Wenn sich die Herren aber von der Richtigkeit unserer Behauptung überzeugen wollen, so mögen sie nur eine Abstimmung unter den Vereinsmitgliedern vornehmen lassen.

Die Beschwerdeführer sind überzeugt, daß sie durch ihre ablehnende Haltung dem wahren Interesse des Vereins dienen und bitten daher, ihrer Beschwerde und ihrem Untertage stattzugeben.

Hiernach haben wir bis vor wenigen Tagen nichts mehr von der Sache gehört, auch die Beschwerdeführer nicht. Erst am Tage nach der Generalversammlung (11. Dezember) erhielten die Vorstandskassen Mitteilung (durch die Knappschaftsverwaltung), daß ihre Beschwerde vom Oberbergamt in dessen Sitzung vom 24. Oktober 1911 zurückgewiesen sei. Gleichzeitig erhielten sie eine von der Knappschaftsverwaltung angefertigte Abschrift des Beschlusses des Oberbergamtsgerichtes und ebenfalls den Wirtschaftsplan des Krankenhauses Derner, welcher in Einnahme und Ausgabe mit 72 620 Mark balanciert. Die Gründe, mit denen der Beschluß des Oberbergamtsgerichtes gerechtfertigt wird, sind recht eigenartiger Natur. Das Oberbergamtsgericht glaubt den Werksbesitzern, daß die von letzteren behaupteten „Mißstände“ in den dem Knappschaftsverein nicht gehörenden Krankenhäusern bestehen und daß dem Knappschaftsverein daraus schwere Nachteile erwachsen. Dann fährt es fort:

„Diesen erheblichen Nachteilen könnte der Verein zwar dadurch abhelfen, daß er zur Errichtung weiterer eigener Krankenhäuser überginge.“

Dieser Weg erscheint jedoch, wenigstens zur Zeit, nicht gangbar, denn es ist notwendig unter den Knappschaftskassen keine Meinung vorhanden, zu dem Bau eigener weiterer Krankenhäuser die erforderlichen Mittel zu bewilligen. Unter diesen Verhältnissen war der Vorschlag der Gemeinde Derner, dem Knappschaftsvereine das dortige Gemeinde-Krankenhaus unter billigen Bedingungen zu verpachten, von ganz besonderer Bedeutung für den Verein. Denn die Annahme dieses Vorschlages hätte, wie die Werksbesitzer mit Recht hervorheben, den Verein in die Lage, den Versuch zu machen, ob in einem derartig angebotenen hinsichtlich der Einrichtung, der Ausstattung des Krankenhausespersonals usw. dem maßgebenden Einfluß des Vereins unterworfenen Krankenhause die Krankenhauspflege in angemessener Weise und unter ungefährt denselben Kosten durch den Verein gewährt werden könnte, wie solche an die anderen Krankenhäuser von ihm gezahlt werden müssen. Die bei Durchführung dieses Versuches gemachten praktischen Erfahrungen und die gesammelten Ergebnisse des Versuches mußten dem Verein eine sichere, auf andere Weise nicht zu erlangende Grundlage für die Entscheidung der wichtigsten Frage bieten, ob auf dem einmal beschrittenen Wege weiter zu gehen und auf diesem Wege eine allmähliche Beseitigung der oben geschilderten Nachteile des gegenwärtigen Verhältnisses herbeizuführen, oder aber ob auch dieser Weg als gangbar zu verlaufen sei.

Selbstverständlich hing die Frage, ob dieser Versuch zu machen sei, von der Vorfrage ab, ob das von der Gemeinde Derner gemachte Angebot derart war, daß in dem anzupachtenden Krankenhause den in Betracht kommenden Vereinsmitgliedern eine sowohl sachgemäß als auch hinsichtlich der Kosten angemessene Krankenhausverpflegung gewährt werden könne. In dieser Beziehung ergeben die vorliegenden Akten und die Darstellung des angebotenen Beschlusses, daß gegen die Einrichtung und Ausstattung des Krankenhauses begründete Bedenken nicht zu erheben waren, daß der jährliche Sachzins bei einer Pachtung auf 5 Jahre auf 5 400 Mark bestimmt war und daß nach der von der Vereinsverwaltung aufgestellten Rentabilitätsberechnung bei einer bauenden und völligen Verlegung von 80 Betten ein Pflegegrad von 251 Mk. pro Tag in Anschlag zu bringen war. Diese Pflegekosten müssen als durchaus günstig für den Verein angesehen werden, nicht nur gegenüber den verhältnismäßig hohen Pflegekosten der beiden eigenen Krankenhäuser, sondern auch gegenüber den an die fremden Krankenhäuser gezahlten Verpflegungskosten, wie sich dies aus den Darlegungen des angebotenen Beschlusses mit hinreichender Klarheit ergibt.

Wenn demgegenüber von den dem Vorstände angehörigen Stellen angeführt wird, daß diese veranschlagten Kosten sich höher stellen würden, sobald der Verein in dem Krankenhause in eigene Regie nähme, so fehlt für diese Behauptung der Beweis.

Der Hinweis auf die hohen Kosten der beiden Knappschaftskrankenhäuser in Gelsenkirchen und Recklinghausen ist keinesfalls genügend, diese Behauptung zu stützen, denn in den Pflegekosten dieser beiden Krankenhäuser sind nicht nur die Zinsen und Amortisationsbeträge dieser Gebäude enthalten, sondern, worauf der angebotene Beschluß mit Recht hinweist, auch die Kosten für die in vielfacher Beziehung besseren Einrichtungen dieser Knappschaftskrankenhäuser gegenüber denjenigen der übrigen Krankenhäuser. Es ist aber nach Lage der Verhältnisse ausgeschlossen, daß diese Umstände, die für die Höhe der Verpflegungskosten in den beiden Knappschaftlichen Krankenhäusern von wesentlicher Bedeutung sind, irgendwie auch für das Krankenhaus in Derner eintreten können, sobald sich mit Notwendigkeit eine ganz erhebliche Herabsetzung der Verpflegungskosten für das letztere Krankenhaus ergibt.

Nach dem Wortlaut des Berggesetzes und der Satzung des Knappschaftsvereins haben die Arbeitgeber wie die Arbeiter das gleiche Verwaltungsrecht, abgesehen von der Tatsache, daß die Vorsitzenden des Vereins Werksbesitzer sein müssen. Wie es mit diesem gleichen Verwaltungsrecht aussieht, haben wir schon häufig erfahren und der oben geschilderte Kampf um das Derner Krankenhaus ist eine weitere Illustration dazu. Das Ver-

Wahlrecht der Arbeiter existiert nur auf dem Papier, praktisch ist es ausgeschaltet. Wenn die Arbeitervertreter die Entscheidung der Behörden anrufen gegen Vorstandsbeschlüsse...

Nach der Entscheidung des Oberstichtungsgerichts in Sachen Wahrung des Krankenhauses Verne können wir uns schon gefast machen, daß es die Werksbesitzer bei diesem Erfolge auf diesem Gebiete nicht werden bewenden lassen.

Volkswirtschaftliche Rundschau.

Wie der Arbeiter in Deutschland, England und Amerika lebt.

Die Verteidiger unserer „bewährten“ Wirtschaftspolitik, durch die der Arme zu Gunsten der Reichen gepöndert wird, behaupten, daß durch die Leistung der Grenzen keine Verbilligung des Fleisches eintritt...

Der Großhandelspreis des Hagens ist in London — England hat bekanntlich keine Getreidezölle — seit dem Vorjahre um 14,5% Mt. pro Tonne gestiegen, in Berlin um 4,40 Mt. gestiegen.

Wenn Fleisch in der Preisunterstützung fast ebenso groß als beim Brot. Hierbei kommt in Betracht, daß England ungeheure Mengen Fleisch im gefrorenen, gekühlten oder lebenden Zustand einführt.

Es sind nun in Berlin und London die Ladenverkaufspreise festgestellt worden, dabei ist aber nicht allein der Durchschnittspreis, wie vom Landebank für Württemberg, ermittelt, sondern auch der Preis für die einzelnen Teile des zerlegten Tieres...

Was die Seuchengefahr anbetrifft, so ist es eine unbestrittene Tatsache, daß die englische Viehzucht trotz der Mischeneinfuhr ausländischen Fleisches sich in vorzüglichem Zustande befindet.

Die nachstehenden Zahlen beweisen nunmehr besser als alles andre, in welcher unberühmten Weise die deutsche Regierung handelt, wenn sie durch die Aufrechterhaltung der Grenzsperr...

Table with columns for meat types (e.g., Rindfleisch, Kalbfleisch) and prices in Berlin and London for different quality grades.

Table showing average prices for various meat types (e.g., Kalbfleisch, Hammelfleisch) in Berlin and London.

Der Durchschnittspreis beträgt für das Pfund: Zweite Qualität Erste Qualität

Während hiernach der englische Arbeiter dank der freien Einfuhr des Fleisches, durch welche der Preis desselben auf einer nicht unerwünschten Höhe gehalten wird...

Auch der amerikanische Arbeiter lebt viel besser als der deutsche, das bestätigt die Fachzeitschrift „Stein- und Braunkohle“...

„Gewogen und zu leicht befunden!“

Als das Zolltarifgesetz mit seinen sehr erhöhten Nahrungsmittelzöllen in der Wache war, da schrieb der „Christliche Metallarbeiter“ über die für die Köhler agitierenden Herren Drust, Wiesberts, Schiffer und Genossen:

„Es gibt manchmal Arbeiter, die vergessen sehr schnell, daß es ihnen früher als Arbeiter vornehmlich schlecht ergangen hat, leben sich jetzt schnell in die besseren Verhältnisse ein und kommen dann zur Ansicht, namentlich wenn sie sich nach „Oben“ lieb und machen wollen, daß es dem Arbeiterstand viel besser ergoht als den Gewerbetreibern.“

Wie berechtigt diese Worte waren, hat die Entwicklung der sogen. „christlich-nationalen Arbeiterabgeordneten“ bewiesen. Hierüber folgendes:

„Weder die Arbeitgeber, noch die Gesellschaft in ihrer Gesamtheit, noch der Staat haben ihre Pflicht gegenüber dem Arbeiterstande erfüllt. Es würde keinem Menschen eingefallen sein, Sozialpolitik zu treiben und den Wünschen der Arbeiter gerecht zu werden, wenn nicht die Arbeiter selbst in nicht mißzuverstehender Deutlichkeit ihre Unzufriedenheit zu erkennen gegeben und auf die Mängel hingewiesen hätten.“

Hg. Johann Wiesberts auf dem Breslauer Kongreß der christlichen Gewerkschaften, Juli 1900.

„An Stelle der ruhigen Gewerkschaftsarbeit sucht die Sozialdemokratie jetzt die Massen aufzureizen zu revolutionären Entschlüssen und ist bemüht, überall Unzufriedenheit und politische Erregung herbeizuführen.“

Hg. Johann Wiesberts am 20. März 1911 in Dortmund.

Beim Reichsvereinsgesetz stimmte der Generalsekretär des „Gewerkschaftsvereins christlicher Bergarbeiter“, Abgeordneter Franz Behrens, für den polen- und gewerkschaftsfeindlichen Sprachparagrafen:

„Wir und die Mitglieder des Gewerkschaftsvereins in den gemischt-sprachigen Bezirken sind mit seiner Fassung nicht einverstanden. Insbesondere die Vertrauensleute und Bezirksleiter, welche unter gemischt-sprachiger Bevölkerung zu tun haben, sind geradezu empört.“

„Trennung“ (Dortmund) vom 10. April 1908.

In preussischen Landtag stimmten die „christlich-nationalen Abgeordneten“ Drust, Wiesberts, Zupusch, Sauerermann und Gronowski für die Erhöhung der königlichen „Zölle“ um 1/2 Millionen Mark jährlich.

„Herr Drust, Sie sind als Abgeordneter gewählt, als Sie noch Vorsitzender des Gewerkschaftsvereins waren. Ihre Auffassung und Wahl durch die Zentrumspartei ist damals von den Angehörigen unseres Gewerkschaftsvereins mit Freuden begrüßt worden.“

„Herr Drust, Sie sind als Abgeordneter gewählt, als Sie noch Vorsitzender des Gewerkschaftsvereins waren. Ihre Auffassung und Wahl durch die Zentrumspartei ist damals von den Angehörigen unseres Gewerkschaftsvereins mit Freuden begrüßt worden.“

die gesamten Interessen der Kohlen- und Maschinenindustrie, in Nr. 21 vom 1. November. Wir lesen dort:

„Der amerikanische Arbeiter lebt viel besser als der deutsche, vor allem ist es die viel bessere Zusammenfassung der Nahrung, was die amerikanischen Verhältnisse kennzeichnet.“

017 Mt. Kartoffeln im Jahre, die Amerikaner aber nur 876. Die Deutschen Schwarz- und Weißbrot 714 Kg., die Amerikaner 252. Mehl konsumierten die Deutschen 91, die Amerikaner 227. Butter jene 40, diese 40, Zucker jene 91, diese 80 Kg.

Die preussische Ergänzungsteuer umfaßt alle Vermögen von über 6000 Mt. Diese Vermögen ergaben im Jahre 1895 93 857 171 Mt.

Das deutsche Volkvermögen beträgt nach einer Berechnung von Steuermann u. Hoyer 350 000 000 000 Mark. Demnach beträgt das Vermögen: pro Kopf der Bevölkerung 5 400 pro fünfköpfige Familie 27 000 In Wirklichkeit besitzen die meisten Arbeiter gar nichts

Die preussische Ergänzungsteuer umfaßt alle Vermögen von über 6000 Mt. Diese Vermögen ergaben im Jahre 1895 93 857 171 Mt.

Das Vermögen verteilt sich auf Steuerzahler 1 502 570 1 1/2 Millionen Steuerzahler hatten alles diese Millionen Volksgenossen hatten nichts Im Jahre 1895 besaß jeder von den damals vorhandenen 1 522 332 Steuerzahlern 55 400 Von den 1 502 570 Steuerzahlern nach der letzten Zählung hatte jeder ein Vermögen von 61 000 Die Vermögenssteuerzahler machen 4 Prozent der Bevölkerung aus, einschl. der Familienangehörigen sind es 5 500 000 Diese hatten ein Vermögen von 91 653 297 107. Der übrige Teil der Bevölkerung zählt Köpfe 33 500 000 Tiefen gehörte von den 92 1/2 Milliarden nichts

Preußen zählte im Jahre 1910 1010 Einwohner 80 145 535 Darunter befanden sich nur 9 241 491 Personen mit einem steuerpflichtigen Einkommen von über 900 Mt.

Das steuerpflichtige Einkommen in Preußen verteilt sich wie folgt: Steuerzahler Einkommensstufe Veranlagte Einkommen

Table showing tax payer statistics by income level in Prussia.

Das durchschnittliche Einkommen betrug pro Steuerzahler: in der ersten Gruppe 1 386 Mt. in der letzten Gruppe 248 805 So haben die Herrschenden bisher geteilt!

Aus den Bergwerbergerichten.

Zeche Prinz Regent vor Gericht.

Es gibt Zeichenverwahrungen, die anscheinend unzufrieden sind, wenn sie nicht alle paar Wochen einmal in die „Bergarbeiter-Zeitung“ kommen. Dann gibt es aber auch solche, denen etwas fehlt, wenn keine Klage am Bergwerbergericht gegen sie eingereicht ist.

„Der amerikanische Arbeiter lebt viel besser als der deutsche, vor allem ist es die viel bessere Zusammenfassung der Nahrung, was die amerikanischen Verhältnisse kennzeichnet.“

278 Mt. pro Schicht. Ist das Gebirge aber als nicht aufstade ge-

Der Unternehmer und der Belegschaftler gingen ganz zueinander vor, um ihre Debitoren zu stillen. Erst wollten sie den Beweis dafür erbringen, dass ein Gebirge wirklich abgebaut werden kann...

10 Ausperrungen 0 mit der Gewährung von Vorteilen für die Arbeiter und zwei Ausperrungen gaben den Anstoß zum Abschlusse nicht un-

Der holländische Episkopat gegen die christlichen Gewerkschaften.

Am 13. und 10. November 1911 fand in Holland (Rotterdam) der dritte Kongress des Gesamtverbandes der christlichen Gewerkschaften statt. Vertreten waren die gesamten christlichen interkonfessionellen Verbände mit 7848 Mitgliefern.

„Erklärung des hochwürdigsten holländischen Episkopats. In der letzten Zeit macht sich im Gegensatz zu unserer Erklärung ein Bestreben bemerkbar, Stimmung zu machen für die christliche Gewerkschaftsbewegung.

- geg.: Der Erzbischof von Utrecht. † H. van de Watering. Der Bischof von Utrecht. † B. Leijssen. Der Bischof von Rotterdam. † W. van de Ven. Der Bischof von Haarlem. † H. S. Callier.

Die christlichen Gewerkschaften geraten immer mehr in ein Scharf-feuer. Ihnen dürfte bald die Luft dabei ausgehen. Am schlimmsten dürfte es Adam Stegerwald selbst ergehen.

Industriekapitalistische „monarchische Gesinnung“.

Als es im August 1911 bekannt wurde, daß der deutsche Kaiser seinen Krieg mit England und Frankreich wegen Marokko wolle, sondern sich für die friedlich-siedliche Erledigung der von den Kriegstreibenden...

Die freisonnerbath-johannmacherei „Koll“, Berlin, müßte fanatisch wie folgt gegen den Kaiser und das Hohenzollernhaus:

„Man braucht nicht einmal dreißig Silbergeschosse, damit wir unsere nationale Eudigkeit und unsere Zukunft verkaufen, denn unser Wesen ist Eudigkeit, ist Charaktereudigkeit, ist Feindschaft... Es wird die Kugelfahrt so kläglich enden, daß man ihr höchstens ein Ereignis der preußischen Geschichte gegenüberstellen kann, nämlich das Verhalten Preußens im Jahre 1805...“

Die mit den Jesen- und Hüttenbesitzern durch die und dünn gehende „Rheinisch-Westfälische Zeitung“ schrieb:

„Der Kaiser ist zurückgekehrt und auf dem Kaiser ruht in diesen Tagen die Verantwortung. Wird er die Politik des Schwantens und des Zurückweichens fortsetzen oder wird er endlich fest mit einem Manne gehen, der den Eindruck macht, als wenn er fest bleiben wollte...“

So warfen die industriekapitalistischen Organe dem Kaiser schwere Beschimpfungen an den Kopf, beglücklichten ihn verbüßtem Reichstagswahl und drohten mit dem Sturz des Hohenzollernthrons!

Jetzt machen dieselben „nationalen Kreise“ wieder in „monarchischer Gesinnung bis auf die Knochen“. Die bedrohlichen Reichstagsmahnen stehen ja vor der Tür.

Mißstände auf den Gruben. Oberbergamtsbezirk Dortmund.

Seite Ewals III und IV. Auch hier läßt die Pünktlichkeit bei der Schicht zu wünschen übrig, wodurch den Arbeitern die Schichtzeit in ungeschicklicher Weise verlängert wird. Morgens beginnt die Schicht schon um 5 1/2 Uhr, mittags dauert die Ausfahrt aber häufig bis 2 1/2 Uhr, ehe sie beendet ist.

gibt die Verwaltung zu, es soll aber unter Aufsicht des Steigers und meistens des Fahrleiters geschehen sein. Wer laßt da? Wo waren die beiden Herren denn zu suchen? Ferner wäre unrichtig, daß die Pferde oft 14 bis 18 Wagen ziehen müssen.

Beide Präsidenten I. Die Pünktlichkeit bei der Schicht läßt hier sehr zu wünschen übrig; um 2 Uhr soll die Schicht beginnen, aber um 2 10 Uhr läßt der Förderaufseher manchmal noch Züge einziehen. Bei der Ein- und Ausfahrt haben die Arbeiter manchmal das Gefühl, als ob das Seil von Gummi wäre.

Beide Prinz Regent. Recht wenig Uebereinstimmung scheint hier zwischen den Anordnungen der Beamten zu herrschen. Es gab der Zehnhauer M. am 23. November den Schachthauern die Anweisung, das vom Koch abgeladene Holz im Hülfort hinzulegen, wo Platz sei.

Beide Zentrum I und III. Daß mit den Verordnungen seitens der Werkverwaltungen ein großer Mißbrauch getrieben wird, ist ja bekannt. Daß aber die Verwaltung der Bege Zentrum in Nr. 50 der „Bergarbeiter-Zeitung“ herkommt und auf den Artikel in Nr. 43 noch eine Verächtlichkeit zurückbesitzt, hätte ein Eingeweihter denn doch nicht für möglich gehalten.

Beide Zentrum I und III. Daß mit den Verordnungen seitens der Werkverwaltungen ein großer Mißbrauch getrieben wird, ist ja bekannt. Daß aber die Verwaltung der Bege Zentrum in Nr. 50 der „Bergarbeiter-Zeitung“ herkommt und auf den Artikel in Nr. 43 noch eine Verächtlichkeit zurückbesitzt, hätte ein Eingeweihter denn doch nicht für möglich gehalten.

Beide Zentrum I und III. Daß mit den Verordnungen seitens der Werkverwaltungen ein großer Mißbrauch getrieben wird, ist ja bekannt. Daß aber die Verwaltung der Bege Zentrum in Nr. 50 der „Bergarbeiter-Zeitung“ herkommt und auf den Artikel in Nr. 43 noch eine Verächtlichkeit zurückbesitzt, hätte ein Eingeweihter denn doch nicht für möglich gehalten.

Aus der deutschen Arbeiterbewegung. Stegerwald und Bischof Forum.

Inseren lassen ist der Brief des Generalsekretärs Adam Stegerwald vom Gesamtverband der Zentrums-Gewerkschaften an die katholische Kirche über den Bischof Forum bekannt.

„Unmäßig, viele Worte zu verlieren über diese anmaßende Sprache ist pietätlos, ja unerhört... So bleibt es denn trotz aller Erklärungen der Stegerwaldschen „Erklärung“ bei der harten, unabwendbaren, fanatischen Tatsache: Der Stegerwald, der einen weit über die Grenzen seiner Diözese hochverehrten deutschen Kirchenfürsten als einen „erbosten“, „wiltenden“, „wiltfrenden“, „beständigen Fanatiker“ brandmarkt, den man am besten vorläufig „links liegen lassen“ müßte, findet kein Wort des Bedauerns für seine unqualifizierbare Handlungsweise.

Wie würde der „Bergsnapper“ heulen, wenn ein Sozialdemokrat in der Stegerwaldschen Manier über einen Kirchenfürsten herfiel.

Internationale Rundschau. Oesterreichische Streikbewegung.

Das österreichische Arbeitsstatistische Amt im Handelsministerium veröffentlicht jährlich eine Darstellung der Wirtschaftslage, die die Bewegung der Gewerkschaften in hohem Maße verdient. Die Arbeitsverhältnisse und Ausperrungen in Oesterreich. Verlag von Alfred Höbner.

In dem Jahrzehnt 1901 bis 1910 war die umfangreichste Streikbewegung im Jahre 1907 zu verzeichnen. In diesem Jahre fanden nicht weniger als 1 088 Streiks statt. 6 130 Betriebe mit 287 862 Beschäftigten waren von Streiks ergriffen worden.

Obwohl die Zahl der Streikenden noch verhältnismäßig gering ist, war die der angegriffenen Betriebe bereits wieder größer als im Vorjahre und auch die Streikdauer ist länger geworden. Die Arbeiter haben hartnäckiger gekämpft.

Ueber die Eisen- und Metallindustrie wird vom Arbeitsstatistischen Amt in zwei Gruppen berichtet. Die erste Gruppe ist die Metallverarbeitung. Wir erfahren von ihr, daß sie im Jahre 1906 die größte Streikbewegung hatte (16 873 Streikende) und im Jahre 1902 die kleinste (741 Streikende).

Ueber die Eisen- und Metallindustrie wird vom Arbeitsstatistischen Amt in zwei Gruppen berichtet. Die erste Gruppe ist die Metallverarbeitung. Wir erfahren von ihr, daß sie im Jahre 1906 die größte Streikbewegung hatte (16 873 Streikende) und im Jahre 1902 die kleinste (741 Streikende).

wenn auch nicht genügend Steine kämen." Der Bauer wußte ganz gut, was der Steiger damit sagen wollte, aber er ging auf diesen Reim nicht ein und er dachte sich: "Sprache Du Dich erst deutlicher aus, damit ich wenigstens die Verantwortung nicht zu tragen habe." Als nun der Steiger sah, daß auch diese Blumensprache nichts nützte, war er gezwungen, sich deutlicher auszusprechen und er tat es auch. Er gab nämlich den Befehl, daß auf der Nachtschicht zwei Mann ausfahren mußten und am Kohlenstoh zwei Verschläge mit einem Meter Abstand heraufzuführen mußten. Diesen Raum zwischen den beiden Verschlägen mußten sie aufkippen, so daß also ein Steinseiler von einem Meter Breite entfiel, dahinter aber ein Kohlenraum von 5 bis 6 Metern blieb. Damit man aber oben in diesem Raum nicht hineinfallen oder gucken konnte, so mußte man 3 Meter unter dem Dammbau ebenfalls einen Verschlag machen und oben darauf aufkippen. Und diese Schnellkipper wiederholte sich mehrere Male. Wenn nun die Kohlenräume, wie angegeben wird, zu dem Zweck ausgepart worden wären, um die Steine von zwei Orten lassen zu können, weshalb sprach man denn so denn herum? Ferner, weshalb sparte man mehrere solcher Kohlräume aus, weshalb zog man am Kohlenstoh heraus jedesmal zwei Verschläge und nicht einen? Weshalb zog man 8 Meter unter der Bahn einen Verschlag und kippte darüber zu, wo es doch viel einfacher gewesen wäre, wenn man über die Dammbaukipper Bretter gelegt hätte. Weshalb ließ man nicht dann die Kohlräume, wenn die Leute die Kohlen bis an die Störung weggenommen hätten? Wo der Pfeiler nur 60 bis 80 Meter lang war, konnte man doch das letzte Ende des Pfeilers hohl lassen, dann kämen die Leute doch nicht in Gefahr, daß das Gebirge über sie hereinbrechen könnte, zumal das Gebirge in diesem Stück sehr schlecht war. Und endlich, wo waren denn die Dertex, für deren Steine die Kohlräume angeblüht bestimmt waren? Also damit ist es auch nichts, Herr Zoberg! Zu der Verächtigung heißt es dann weiter, daß die Kohlräume (oder der Kohlenraum) kurz nachher wieder aufgeschüttet worden wären. Das ist wohl das einzige Wahre, was in der Verächtigung gesagt wird. Aber nur deshalb sind die Kohlräume zum Teil wieder aufgeschüttet worden, weil die Leute die Kohlräume nicht hielt und die Verschläge mittelfast den Steinen abzurücken und somit die obere Straße in Gefahr kam, zu Bruch zu gehen. Daß es auf Zentrum sehr oft an Holz mangelt, ist ebenfalls wahr, nur daß nicht alle Fälle so groß beleuchtet werden können, da sich über Holzgang und Holzschere. Ferner wird abgeleitet, daß auf der in Frage kommenden Straße in einem Monat drei Wägel gefallen sind. Herr Zoberg, wenn es nötig wird, können wir Ihnen die Leute bringen, die diese Wägel wieder aufgebaut haben! In einem Bruch ist sogar drei Schichten ununterbrochen gearbeitet worden, bevor es aufgebaut war. Steiger Baum muß dieses befestigen, denn er war selbst dabei. Bei einem anderen wäre beinahe noch ein Lehrling (Mikus) darunter gekommen, und der dritte Bruch war auch erheblich, denn man hat allein fünf Wagen Kohlen von ihm laden müssen. Die Steine wurden gleich verpackt. Ob nun auf Zentrum auf einer neuen Straße eine Höhe von 1,50 Meter eine vorläufige Höhe genannt wird, entzieht sich unserer Kenntnis. Wir aber nennen eine neue Straße mit einer solchen Höhe nach wie vor eine vorläufige. Die Straße ist nämlich an der Stelle, wo die gerauteten Schöler stehen, 1,50 bis 1,55 Meter, aber direkt daneben, wo mit neuem Holz gebaut wurde, 1,70 bis 1,75 Meter hoch. Es heißt dann in der Verächtigung, daß in dem Jahrsacht von der sechsten Sohle nach der Mittelsohle die Fahrt nicht wackelig gegangen hätte, denn der Jahrsacht sei einige Tage vor dem Unfall (des Dauers Kohlgreibe), von einem Reparaturbauer in Ordnung gebracht worden. Auch habe der Beamte den Jahrsacht alle Tage besahren und hätte die wacklige Fahrt bemerken müssen. Wir nehmen zunächst an, daß sich in dem ersten Satz ein Schreibfehler eingeschlichen hat, der dahin berichtigt werden muß, daß es nicht heißt: einige Tage vor dem Unfall ist der Jahrsacht von einem Reparaturbauer in Ordnung gebracht worden, sondern: nachher. Wenn der besahrende Beamte die wacklige Fahrt nicht bemerkt hat, so begreifen wir das eben nicht; wenn der betreffende Beamte auch wirklich schwache Augen gehabt hätte, so mußte er diesen Mißstand doch fühlen, denn jedenfalls, wenn jemand auf die Fahrt trat, mißlie sie in die Höhe. Unwahr ist, wenn in der Verächtigung behauptet wird, der Dauer Kohlgreibe habe sich geäußert, nach Ansicht des Arztes sei keine innerliche Verletzung vorhanden, sondern er leide an Gliederreißern, weshalb er auch einen Krankenschein gefordert hätte. Wahr aber ist, daß sich Kohlgreibe nur auf Grund dieses Unfalles beim Steiger Baum krank gemeldet hat und zwar direkt nach dem Unfall in der Grube. Auch bei der Ausstellung des Krankenscheines ist keine Rede von Gliederreißern gewesen. Der Steiger Baum hat sich das wahrscheinlich gewünscht, daß Kohlgreibe das Gliederreißern angeben solle, aber gesagt hat er nichts davon. Was über das Einweicheln beim Wegschlagen der Schöler in unserem ersten Artikel gesagt worden ist, halten wir ebenfalls vollständig aufrecht. Also, Herr Einsender, klarere Beweise können Sie doch vorläufig für unsere Angaben nicht verlangen. Selbstverständlich erklären wir uns bereit, wenn es später nötig wird, an einer anderen Stelle die Beweise noch klarer zu bringen. Aber an eins möchten wir Sie noch erinnern, nämlich, daß man mit derartigen "Verächtigungen" nur das Gegenteil von dem bezweckt, was man damit zu bezwecken hoffte. Nun, Herr Einsender mit der unseinerlichen Unterschrift, wollen wir schließen, bis zur nächsten "Verächtigung".

Provinz Sachsen, Brandenburg u. Thüringen.

Beide Wägel (Wägel). Nicht interessante Verhältnisse gibt es auf diesem Schacht; wahrscheinlich Beschäftigungsberauschungen. Leute, die z. B. schon jahrelang auf dem Werke beschäftigt sind, erhalten einfach wegen zu geringen Leistungen nur eine halbe Schicht, trotzdem sie die ganze Schicht gearbeitet haben. Sagen dieselben etwas, so heißt es: "Wenn es Ihnen nicht paßt, können Sie sofort die Papiere kriegen." Das ist während der Winterzeit, zum Frühjahr dagegen werden Leute gesucht, da gehen die Agenten nach Obersachsen und Waldburg, um Leute unter falschen Vorwänden herbeizulocken. Wir glauben, daß derartige Verhältnisse des Obersteigers Schumanns das gute Einvernehmen zwischen Beamten und Arbeitern in keiner Weise fördert. Unser neuer Inspektor Zwanzig hat nur Augen für volle, aber recht volle Wagen, sonstige Mißstände scheint er leider nicht zu sehen. So ist z. B. die Fahrstraße eine lange Strecke nur einen Meter hoch, dazu liegt noch allerlei Holz im Wege. Stellenweise wieder steht das Wasser fast 1/2 Meter hoch in der Strecke. Das Traggerät liegt ebenfalls zum Knackenbrechen, halb fehlen große Stücke, halb ist es wieder so schlimm, daß man kaum laufen kann. Die Latrinen stehen teils in Weiterzügen, teils in der offenen Strecke, so daß ein Mann, welcher seine Notdurft verrichtet, oft gezwungen ist, zwei- bis dreimal aufzustehen, um die vorüberfahrenden Förderleute durchzulassen. Oft kommt es vor, daß dieselben ungefahren werden. Daß das kein großer Nachteil ist, die ganze Schicht hindurch zu fahren, wird sich wohl jeder denken können. Die Belüftung der Strecken und Orte ist so mangelhaft, daß die Starbidampe kaum brennt, wahrscheinlich ist das eine Täuschung zur Gesundheit der Vorkamerader Bergleute. Der Sicherheitsmann existiert ebenfalls nicht mehr, der arbeitet schon den zweiten Monat auf einem anderen Schachte. Bei den "Kadellen"-Zuständen, die hier herrschen, bedarf es ja auch keines solchen. Auch die Wasseraufhebung bedarf dringend einer Reinigung, denn der Kot und Schlamm liegt wahrscheinlich da drinnen sehr gut. Das Wasser ist einmal eiskalt, dann wieder sochen heiß. Dazu bildet sich der Obersteiger Schumann ein, es handele sich um eine Vergrößerung der Belegschaft, wo er einfach sagt: "Ich werde Sie der Belegschaft sperren." Das wären Punkte, auf die der Herr Inspektor Zwanzig einmal sein Augenmerk lenken könnte. Wenn das alles besichtigt ist, dann kann er auch viel besser auf gut gefüllte Wagen halten. Den Arbeitern aber rufen wir ein recht dringendes: "Wacht auf!" zu. Denn bis jetzt sehen alle nur die Uebel und Mißstände, aber den Weg zur Besserung der Lage haben recht viele noch nicht gesehen. Organisiert euch und ihr habt den Weg gefunden!

Schöpfener Braunkohlenwerke. Versprechen und Halten ist zweierlei. Auch bei der hiesigen Werksverwaltung. Für sie gab es einmal eine Zeit — und sie liegt nicht weit zurück — daß sie nicht genug Arbeiter bekommen konnte. Da wurde alles mögliche angesetzt, um nur die wertvollen Arbeitskräfte heranzuführen. Wenn irgendein ein Streik war, da fuhr der Inspektor G. hin und setzte sich mit der Streikleitung in Verbindung. So war er im Finkebeerd im Frühjahr 1911, so sprach er in den Streikbüros im Zittauer Revier im Mai vor, ja sogar bis nach Zeitz wandte sich Herr G. den letzten Sommer, um auch von dort streikende Bergleute nach Schöpsen zu bekommen. Eine große Menge von Arbeitern hat die Werksverwaltung auf solche Art heranzulocken können. Jetzt hat sie genug, jetzt giebt sie andere Saiten auf. Wo nun der Winter da ist, fühlt sich die Verwaltung sogar fast genug, den Arbeitern die Herrentauf zu zeigen und Entlassungen vorzunehmen. Auch das Strafwejen ist rigoros ausgebildet, für geringe Vergehen werden empfindliche Geldstrafen verhängt. Als die auswärtigen Arbeiter angelegt wurden, ließ es meistens der Verwaltung:

"Gegen die Organisation haben wir nichts." Sie hätte aber hinguliegen müssen: "... nur gegen die organisierten Arbeiter haben wir etwas." Das hätte den Tatsachen entsprochen. Denn vor allem wollen die Beamten ihre Machtbefugnis zum Bewußtsein bringen. So erhielt der neue Vertrauensmann W. nicht lange nach seiner Wahl 8 Mk. Strafe subfidiert, nur deshalb, weil er nicht persönlich, sondern durch den Schlepper melbete, daß er wegen bringender Abhaltung feiern mußte. Vor allem tut sich der Verleiher B. hervor durch höhnische Reden und Anspielungen, sowohl beim Verleihen, als auch vor Ort in der Grube. So überließ er dem Namen des Kameraden beim Verleihen an drei Tagen hintereinander, und wie alle anderen überzogen sind, nur um diesem einen Topfen zu spielen. Ein anderer Verleiher wurde über Tage verlegt zur Strafe dafür, daß er — einen Betrüger melbete, der fortlaufend mehr Wagen angab, als er gemacht hatte und dadurch die übrigen Arbeiter schädigte. Der Betrüger kam mit 8 Mk. Strafe weg, während die in der Grube fehlenden Wagen — für die er unrechtmäßig den Lohn einheulte — allen Arbeitern von derselben Sohle gleichmäßig abgezogen wurden. Was wäre wohl geschehen, wenn ein Verleiher als Betrüger festgestellt worden wäre? Den hätte man ohne Zweifel sofort entlassen. Ein angeblicher Betrugsfall, der mit Entlassung von zwei Kameraden endigte, wird noch das Verleihen beschäftigt, weil diese beiden Leute die Verschuldigung nicht auf sich sitzen lassen wollen. Fehlen Kreisstrafe, dann wird alles mögliche aufgespielt, um solche heranzuziehen; hat man genug, dann spielt man Schindluder mit ihnen. Wir glauben, die Schöpfener Verwaltung würde eine Ausnahme von jener ungeschönen Regel bilden, doch täuschten wir uns darin. Nun, wir vergessen es nicht, wie man jetzt zur lieben Weihnachtszeit mit uns umspürt. Es bleibt nicht immer Winter und nachher kann wieder die Zeit kommen, wo es in Schöpsen

Sache und Hue

hätten nicht praktisch gearbeitet im Reichstag, schwindeln ihre u. n. ehrlichen Gegner. Ehrliche Gegner bezogen das Gegenteil.

Sache hat sich seit seiner ersten Wahl (1898) im Reichstag so eifrig und sachkundig der Interessen der Arbeiterschaft angenommen, daß ihm wiederholt auch von Gegnern das Zeugnis eines pflichtgetreuen, fleißigen Volksvertreters ausgesprochen worden ist. Der Vorsitzende der Zentrumskommission, Zentrumsabg. Dr. Volger, schrieb im "Zentrum" vom 20. Juli 1910, im Interesse der wichtigen Arbeiten der Zentrumskommission sei es erforderlich, daß die "Sache eine größere Anzahl gewählter und erfahrener Parlamentarier" angehört. Unter den so rühmend ausgezeichneten Parlamentarier zählt Herr Dr. Volger auch unseren Kameraden Hermann Sache auf! So urteilen anständige Gegner.

Als die Regierung 1910 den Gesetzentwurf betr. das Arbeitslosgesetz vorlegte, da befand sich in diesem Entwurf noch seine einzige Bestimmung zum Schutz der Arbeiter, Beamten und Gemeinden. Auch in zwei anderen, von der bürgerlichen Kommissionsmehrheit entworfenen Vorlagen war für die Arbeiter, Beamten und Gemeinden nicht gesorgt.

Zugleich nach Vorlage des Gesetzentwurfes stellten Sache und Hue Anträge um die Aufhebung der Arbeitslosgesetze. Der Vergarbeiterverband ermittelte durch eine schnelle Umfrage die Löhne, Gehälter usw. der Arbeiter und teilte das Ergebnis der Gesetzgebungs-Kommission mit.

Darauf gestützt stellte Hue als Mitglied der Arbeitslosgesetz-Kommission die ersten, grundlegenden sozialpolitischen Vorschläge. Im selben Kampf mit den Vertretern der Kapitalisten erzielten es die Sozialdemokraten auch, das Gesetz arbeiterfreundlicher zu gestalten. Daher schreibt es nun vor: 1. Zahlung eines Mindestlohnes auf der Lohngrundlage 100/100; 2. Maximalarbeitszeit nach Maßgabe der regelmäßigen Arbeitszeit von 1907/08; 3. Zahlung einer Arbeitslosgeldunterstützung in Höhe des vollen Lohnes oder Gehaltes auf die Dauer bis 20 Wochen an infolge Werkstilllegung entlassene Arbeiter und Beamte; 4. Ersatz der den Gemeinden infolge der Werkstilllegung entstandenen finanziellen Verluste!

Ein von Hue in der Kommission gestellter und begründeter Antrag, der die Einführung von Tarifverträgen bezweckte, wurde von den Konservativen, Nationalliberalen, Radikalen und den meisten Zentrumsleuten abgelehnt.

Generalsekretär Abg. Behrens gab dabei seinen Parteifreunden den Rat, gegen den Tarifvertragsantrag zu stimmen! Er von dem paar Zentrumsabgeordneten, die für unseren Tarifvertrag stimmten, schrieb am 27. April 1910 in der "Städtischen Volkszeitung":

Wenn das Zentrum geschlossen für diese Anträge (Tarifvertrag und Arbeiterauschüsse) gestimmt hätte, wären sie angenommen worden!

Der Zentrumsmann sagt also seine eigene Partei an, diese arbeiterfreundlichen Anträge niedergestimmt zu haben.

Ueber die Tätigkeit unseres Kameraden bei der Beratung des Reichslosgesetzes schrieb der bekannte nationalliberale Sozialpolitiker und Reichstagsabg. Dr. Arning in "Hannoverschen Anzeiger":

"Der Führer der Sozialdemokraten gab von vornherein dahin seine Anschauung kund, daß seine Partei ein solches Gesetz für nötig halte und es machen werde, weil sie der Ansicht sei, daß dieses von der Natur dem deutschen Volke gebundene Bodengut auch für das deutsche Volk ausgenutzt werden müsse. Die Sozialdemokraten wollten zwar in erster Linie eine Verstaatlichung des Kalibergbaues zugunsten des Reiches oder ein Verstaatlichungsmonopol des Reiches; aber, wenn dieses nicht zu erlangen sei, so würden sie auch für ein Gesetz anderer Art zu haben sein."

Der Führer der Sozialdemokraten war in diesem Falle der Abgeordnete Hue, dessen außerordentliche politische Gewandtheit, dessen Redebkunst und sachmännliche Fähigkeit jeder, der geneigt ist, seine Mitmenschen zu beobachten, in den Jahren der politischen Tätigkeit dieses Herrn hat wahrnehmen können. Zugleich aber konnte man sich denken, da er der sozialdemokratischen Partei angehört, daß er nicht allein, ganz gewiß nicht in der Hauptfrage, die Industrie sicherzustellen gedachte, sondern daß er für die sozialen Pläne der Sozialdemokratie wertvolle Grundlagen in dieses Gesetz hineinbringen versuchen würde, was sich ja auch schon in einer Anzahl der ersten Anträge, die die Sozialdemokratie stellte, kundgab."

an Versäuten fehlt. In den Kameraden selbst liegt es aber dann, wenn die günstige Zeit für sie keinen Vorteil bringt. Jetzt steht ein großer Teil noch dem Verbands fern, läßt sich in den Arbeiter- und reichstreuen Knappenvereinen kommandieren. Damit schafft niemand bessere Zustände, sondern besorgt nur die Geschäfte unserer wirtschaftlichen Gegner.

Bilanzverschleierungen des Zentrums-Gewervereins.

Sehr oft kann man beobachten, wie Bankrotteure, die vor dem Zusammenbruch stehen, zu Bilanzverschleierungen ihre Zuflucht nehmen, um ihre Vermögenslage günstiger erscheinen zu lassen; das geschieht in der Hoffnung, sich weiteren Kredit oder eine Golgenfrist zu verschaffen und dadurch den Zusammenbruch aufzuhalten.

Ähnliche Manöver macht auch der "Bergknappe", um das Resultat der Berggewererechtswahl für den Zentrums-Gewerverein günstiger erscheinen zu lassen. In seiner Nr. 39 teilt er zunächst nur die Stimmen und Mandatziffern des Zentrums-Gewervereins mit, Stimmengahl und Mandate, die auf die übrigen Parteien entfielen, verschweigt, er seinen bemitteltesten Lesern. Obgleich der Gewerverein nur 44.600 Stimmen

erhalten hat, gibt der "Bergknappe" 44.608 an. Die Mandate hat er mit 32 richtig angegeben.

Diesmal hat sich der "Bergknappe" also nur 9673 Stimmen jubel zugerechnet; er hat es also verhältnismäßig noch gnädig gemacht. Unsere Kameraden aber werden neugierig fragen: Wo mag der "Bergknappe" diese 9673 Stimmen hergeholt haben? Antwort auf diese Frage gibt die Nr. 51 des "Bergknappens", wo die Stimmengahl des Gewervereins in den einzelnen Wahlbezirken mitgeteilt wird. Daraus ersehen wir, daß der "Bergknappe" dort, wo einzelne Bezirke zwei und drei Wahlbezirke bildeten und auch entsprechend viele Kandidaten auf den einzelnen Stimmzetteln gestanden haben, sich die Stimmen auch zwei- und dreimal angerechnet hat. Dafür nur einige Beispiele:

In Spruchkammer II (West-Mecklinghausen), Wahlbezirk 1 und 2, erhielt der Verband 503, der Gewerverein 288 Stimmen. Der "Bergknappe" gibt aber 1352, also 1014 Stimmen mehr an. Da einfache Stimmenmehrheit entscheidet, hätte danach der Gewerverein beide Mandate erhalten müssen; beide Mandate aber erhielt der Verband, ein Beweis, daß der "Bergknappe" 1014 Stimmen jubel angegeben hat. Im Wahlbezirk 3 und 4 erhielt unser Verband 569 Stimmen und beide Mandate, der Gewerverein 526 Stimmen und kein Mandat. Der "Bergknappe" aber gibt 1052, das sind 526 Stimmen jubel an. Würde die Stimmengahl des "Bergknappens" richtig, mußte der Gewerverein beide Mandate erhalten. Wären die Stimmengahlen des "Bergknappens" übrigens richtig, mußte der Gewerverein statt 32, 13 Mandate erhalten.

Können die übrigen Parteien dieselbe Berechnungsmethode anwenden wie der "Bergknappe", dann würden Stimmen erhalten haben: Verband 75.448 statt 62.400, Gewerverein 44.553 statt 31.880, Bufen 17.122 statt 13.507, Hirsch-Dundersee 1397 statt 1172, Bechen 9388 statt 8726; Sa.: 147.933 statt 120.601.

Damit sich unsere Leser aber selbst ein Urteil bilden können, lassen wir das gesamte Stimmresultat sowie die vom "Bergknappens" angegebenen Stimmengahlen folgen. Es ergibt sich dann folgendes Bild:

Wahlbezirk	Stimmen des Verbandes	Stimmen des Gewervereins	Stimmen des Bergknappens	Stimmen der übrigen Parteien	Stimmen der Gewervereins	Stimmen der übrigen Parteien
1	98	258	258	+	2	391
2	245	282	282	+	77	331
3	323	250	323	+	77	577
4	377	288	288	+	90	467
5	460	602	602	+	210	812
6	201	204	204	+	284	485
7	54	348	348	+	228	576
8	447	265	262	+	3	220
9	587	301	337	+	136	337
10	3306	2746	2083	+	212	2578

Wahlbezirk	Stimmen des Verbandes	Stimmen des Gewervereins	Stimmen des Bergknappens	Stimmen der übrigen Parteien	Stimmen der Gewervereins	Stimmen der übrigen Parteien
1 u. 2	595	388	1752	+	1011	—
3	526	375	321	+	51	125
4 u. 5	569	526	1052	+	526	17
6 u. 7	885	532	1062	+	530	—
8 u. 9	477	307	614	+	307	—
10	631	200	200	+	—	—
11	303	445	445	+	175	—
12	850	337	374	+	37	—
13	376	219	335	+	116	—
14	6571	3330	5515	+	2478	917

Wahlbezirk	Stimmen des Verbandes	Stimmen des Gewervereins	Stimmen des Bergknappens	Stimmen der übrigen Parteien	Stimmen der Gewervereins	Stimmen der übrigen Parteien
1	550	—	—	+	—	—
2	695	143	144	+	1	—
3	612	274	284	+	10	184
4	746	—	—	+	88	85
5	903	—	—	+	—	—
6	542	—	—	+	—	—
7	611	358	358	+	—	—
8	551	—	—	+	—	356
9	428	76	76	+	—	—
10	283	100	100	+	—	—
11	440	122	122	+	—	—
12	6010	1082	1085	+	11	728

Wahlbezirk	Stimmen des Verbandes	Stimmen des Gewervereins	Stimmen des Bergknappens	Stimmen der übrigen Parteien	Stimmen der Gewervereins	Stimmen der übrigen Parteien
1	370	432	431	+	2	—
2	162	326	326	+	2	—
3	398	116	117	+	1	—
4	573	164	164	+	—	—
5	726	138	138	+	—	373
6	508	191	191	+	—	—
7	473	273	273	+	—	—
8	607	311	311	+	—	50
9	688	255	255	+	—	—
10	135	136	250	+	114	301
11	171	575	726	+	151	250
12	195	150	150	+	—	260
13	886	126	75	+	51	378
14	5307	8223	3442	+	219	1659

Wahlbezirk	Stimmen des Verbandes	Stimmen des Gewervereins	Stimmen des Bergknappens	Stimmen der übrigen Parteien	Stimmen der Gewervereins	Stimmen der übrigen Parteien
1	550	—	—	+	—	33
2	242	—	—	+	—	213
3	398	153	153	+	—	—
4	456	—	—	+	—	851
5	320	—	—	+	—	—
6	305	05	03	+	2	—
7	?	?	?	+	—	—
8	389	—	—	+	—	180
9	321	—	—	+	—	—
10	254	—	—	+	—	170
11	531	71	79	+	8	—
12	444	—	—	+	—	—
13	370	104	255	+	151	46
14	4805	423	580	+	157	180

Wahlbezirk	Stimmen des Verbandes	Stimmen des Gewervereins	Stimmen des Bergknappens	Stimmen der übrigen Parteien	Stimmen der Gewervereins	Stimmen der übrigen Parteien
1 u. 2	818	67	—	+	67	—
3	189	79	—	+	79	523
4	366	238	238	+	—	—
5	?	?	?	+	—	—
6	377	37	—	+	37	160
7	365	—	—	+	—	266
8	570	—	—	+	—	280
9	300	—	—	+	—	—
10	367	—	—	+	—	—
11	3347	421	288	+	183	62

Wahlbezirk	Stimmen des Verbandes	Stimmen des Gewervereins	Stimmen des Bergknappens	Stimmen der übrigen Parteien	Stimmen der Gewervereins	Stimmen der übrigen Parteien
1	260	—	—	+	—	—
2	313	215	215	+	—	—
3	275	60	60	+	—	—
4	358	220	220	+	—	—
5 u. 6	565	285	570	+	285	—
7	298	150	150	+	—	—
8	438	415	415	+	—	—
9	222	260	260	+	—	—
10	2678	1623	1908	+	285	—

Wahlbezirk	Stimmen des Verbandes	Stimmen des Gewervereins	Stimmen des Bergknappens	Stimmen der übrigen Parteien	Stimmen der Gewervereins	Stimmen der übrigen Parteien
1	927	44	44	+	—	203
2	275	117	117	+	—	—
3	?	?	?	+	—	—
4	300	190	190	+	—	—
5 u. 6	620	378	740	+	373	—
7 u. 8	489	435	862	+	427	—
9	226	179	177	+	—	—
10	2197	1398	2198	+	798	—

Spruchkammer IX (Nord-Bochum).

Table with columns: Wahlbezirk, Stimmen des Verbandes, Stimmen des Gewerkevereins, Stimmen der Partei, Stimmen der Partei, Stimmen der Partei, Stimmen der Partei.

Spruchkammer X (Herne).

Table with columns: Wahlbezirk, Stimmen des Verbandes, Stimmen des Gewerkevereins, Stimmen der Partei, Stimmen der Partei, Stimmen der Partei, Stimmen der Partei.

Spruchkammer XI (Wessentrichen).

Table with columns: Wahlbezirk, Stimmen des Verbandes, Stimmen des Gewerkevereins, Stimmen der Partei, Stimmen der Partei, Stimmen der Partei, Stimmen der Partei.

Spruchkammer XII (Wattenscheid).

Table with columns: Wahlbezirk, Stimmen des Verbandes, Stimmen des Gewerkevereins, Stimmen der Partei, Stimmen der Partei, Stimmen der Partei, Stimmen der Partei.

Spruchkammer XIII (St-Offen).

Table with columns: Wahlbezirk, Stimmen des Verbandes, Stimmen des Gewerkevereins, Stimmen der Partei, Stimmen der Partei, Stimmen der Partei, Stimmen der Partei.

Spruchkammer XIV (West-Offen).

Table with columns: Wahlbezirk, Stimmen des Verbandes, Stimmen des Gewerkevereins, Stimmen der Partei, Stimmen der Partei, Stimmen der Partei, Stimmen der Partei.

Spruchkammer XV (Süd-Offen).

Table with columns: Wahlbezirk, Stimmen des Verbandes, Stimmen des Gewerkevereins, Stimmen der Partei, Stimmen der Partei, Stimmen der Partei, Stimmen der Partei.

Spruchkammer XVI (Werden).

Table with columns: Wahlbezirk, Stimmen des Verbandes, Stimmen des Gewerkevereins, Stimmen der Partei, Stimmen der Partei, Stimmen der Partei, Stimmen der Partei.

Spruchkammer XVII (Oberhausen).

Table with columns: Wahlbezirk, Stimmen des Verbandes, Stimmen des Gewerkevereins, Stimmen der Partei, Stimmen der Partei, Stimmen der Partei, Stimmen der Partei.

Spruchkammer XVIII (Gann).

Table with columns: Wahlbezirk, Stimmen des Verbandes, Stimmen des Gewerkevereins, Stimmen der Partei, Stimmen der Partei, Stimmen der Partei, Stimmen der Partei.

Spruchkammer XIX (Saeburg).

Table with columns: Wahlbezirk, Stimmen des Verbandes, Stimmen des Gewerkevereins, Stimmen der Partei, Stimmen der Partei, Stimmen der Partei, Stimmen der Partei.

Es fehlen hierbei noch die Stimmzahlen von Schürbant und Charlottenburg, Neu-Nerlorn und Bollmond, die wir bisher nicht erhalten konnten.

Nach Spruchkammern zusammengestellt erhaltenen Stimmen:

Table with columns: Spruchkammer, Ver. hand, wichtige fällig, nicht fällig, Stimmen, Stimmen, Stimmen, Stimmen, Stimmen, Stimmen, Stimmen.

Wenn sich die „Bergknappen“-Redaktion auf ihren Höhen befindet und die Stimmzahlen der einzelnen Wahlbezirke addiert, wird sie finden, daß sie sich auch noch bei den von ihr selbst angegebenen Zahlen zum Nutzen des Gewerkevereins verhalten hat.

Der „Bergknappe“ weist ferner nach, daß sich das Resultat gegen früher sehr zu Ungunsten des Verbandes verschoben hat.

Table with columns: Verband, Gewerkeverein, Stimmen, Stimmen, Stimmen, Stimmen, Stimmen, Stimmen, Stimmen, Stimmen.

Es erhielten von der Gesamtzahl der abgegebenen Stimmen und Mandate in Prozent:

Table with columns: Verband, Gewerkeverein, Stimmen, Stimmen, Stimmen, Stimmen, Stimmen, Stimmen, Stimmen, Stimmen.

Diese Zahlen zeigen, daß der Gewerkeverein bei der letzten Wahl 10,1 Prozent von der Gesamtzahl der abgegebenen Stimmen weniger erhielt, wie im Jahre 1902; sein prozentualer Anteil an den Mandaten ging sogar um 19,3 Prozent zurück.

Wie wir schon bemerkt, stehen für den Verband noch circa 1000 Stimmen aus drei Wahlbezirken aus. Bählen wir diese den oben angegebenen zu, so ergeben sich 63.409 Stimmen; der prozentuale Anteil des Verbandes an der Gesamtzahl der abgegebenen Stimmen steigt dann auf 52,1 Prozent, der Anteil des Gewerkevereins sinkt auf 28,7 Prozent.

Zum Schluß wollen wir uns nur noch die Frage gestatten: Der „Bergknappe“ und die Zentrumsgelehrten nennen sich christlich. Wie können sie es aber mit den Grundsätzen des Christentums vereinbaren, die Öffentlichkeit derart wie geschehen ist, hinter das Licht zu führen?

Aus dem Kreise der Kameraden. Oberbergamtsbezirk Dortmund. Der allerschwache „Bergknappe“

verdient unser Bedauern. Innerhalb eines guten Jahres hat er die schweren Niederlagen seiner „Schlaun opportunistischen Taktik“ bei den Sicherheitsmännerwahlen, bei den Westfalenwahlen und bei den Berggewerkegerichtswahlen erleben müssen.

Wer aber geglaubt hat, diese Lehren hätten genügt, der stellt den Gedächtnischwund des alternden „Bergknappen“ nicht in Rechnung. Jetzt, vor den Reichstagswahlen, packt der „Bergknappe“ in rührender Verwundtheit seinen Zitatensack auf.

Und die Kandidaten dieser Partei machen die „Bergknappen“-Leute jetzt Stimmung! Als die Konfessionen und Zentrumsliberalen 1905 die preussische Bergarbeitergegnovelle verhinzelten, da schrieb der „Bergknappe“ am 27. Mai 1905: „Wer bisher noch die Hoffnung hegte, in der zweiten Lesung würde vernünftiger herauskommen, ist gründlich luriert.“

unglücklichen Lesern jetzt wieder Unbekanntes als etwas Dunkel-nagelneues vorsetzt.

Daß Sie „trochdem“ für „diese Partei“ kandidiert, darüber ist der „Bergknappe“ anscheinend fassungslos. Jedoch, Sie kandidiert für die sozialdemokratische Partei, weil er der Ueberzeugung ist, daß auch diejenigen seiner Parteifreunde, die seine reformistischen Anschauungen nicht teilen, doch auch ehrlich bestrebt sind, die Interessen der Arbeiterschaft zu fördern!

Mit dem etwa in den anderen Parteien alles ein Herz und eine Seele? Sollen wir dem „Bergknappen“ erst noch von dem mit ingrimmigem Mut, mit vergifteten Waffen geführten Kampf zwischen „Stöln-W.-Gladbach“ und „Süd Berlin“ erzählen? Ist der Brief Stengerwalds über den Bischof Körum in der „Bergknappen“-Redaktion noch unbekannt? Weiß sie nicht, daß sich im katholischen Lager die Gegenfäße bis zur Katastrophe zugespitzt haben?

„Wir verstehen einander nicht mehr! Es ist unter diesen Umständen kein Wunder, daß Katholiken bei der Austragung von Meinungsverschiedenheiten einander behandeln wie die ärgsten Feinde, unter Umständen sogar noch schlimmer.“

Wenn wir Katholiken nicht mehr ins Auge fassen, unsere grundsätzlichen Meinungsverschiedenheiten über bedeutsame Fragen in rein sachlicher Weise, ohne Verletzung der brüderlichen Liebe, ohne persönlichen Haß und Groll, vielmehr erfüllt von gegenseitiger Achtung des Rechtes der eigenen Ueberzeugung auszutragen, dann müssen wir uns tatsächlich vor der ganzen Welt schämen und durch unseren moralischen Tiefstand das Vertrauen ablegen, daß wir von der heiligenden Kraft der katholischen Religion blutwenig profitiert haben.“

So schildert ein Kenner der Zustände die „Einigkeit“ in der Zentrumsparlei, deren Agitatoren mit heuchlerischem Augen-aufschlag die Sünden — der Anderen „brandmarken“. Und für diese Partei agitieren fast alle Gewerkevereinsangestellte, vom allergegründeten „Generalsekretär“ bis zum kleinsten von den Seinen! Zum ärgsten Skandal ist der gegenseitige Streit der Zentrumsler geworden. Sie sind in einem religiösen Glauben erzogen, hören wohl mindestens allsonntäglich das Gebot: „Seid brüderlich untereinander!“ und bewerkeln sich doch gegenseitig mit Schmutz.

Man sollte meinen, so gedächtnislos wie der „Bergknappe“ noch nicht geworden, daß er vergessen hätte, wie die „Vorspiele zu den Reichstagswahlen“ im Ruhrgebiet ausgelassen sind. Bereits bei den Westfalenwahlen 1910 war die Verbrüderung „aller Nationalgesinnten“ gegen den Bergarbeiterverband perfekt. Die Siegesberichte waren wohl schon auf der „Bergknappen“-Redaktion fertig geschrieben — da kam der fürchterliche Zusammenbruch der „schlaun opportunistischen Taktik“.

„Wir würden es für sehr wünschenswert halten, wenn dieser Mann (Sue) aus dem Reichstag verschwindet!“ schrieb der „Bergknappe“ am 20. August 1910. Die Westfalenwahlen sollten ein „Vorpiel“ für den „Sturmsauswurf“ Sues sein. Es kam ganz anders, aber nun soll es am 12. Januar „anders kommen“. Für die Zentrumsliberalen kandidiert in Dortmund ein Oberbergamtsrat, der Professor Dr. Leidig, der 1905 die kapitalistische Stimmungsmache gegen die streikenden Bergleute bejorgte. In Bochum kandidiert für die Zentrumsliberalen ein Bergmann Sedemann, der als Zentrumskandidat gegen den Zentrumskandidaten mit starkem kapitalistischem Druck in das Bochumer Stadtverordnetenkollegium „gewählt“ worden ist. Die Gefinnungsgegnossen des „Bergknappen“ scheuen sich nicht mehr, für den Sieg der Scharfmacherkandidaten zu agitieren. Sie nennen sich nationalliberal. Der Vorkämpfer des Zentrums im Ruhrgebiet, Johannes Fursangel, der schneidige Aufrihtler der Ruhrbergleute, schrieb in seiner „Weißfahigen Volkszeitung“:

„Wahrlich, ein Arbeiter, der einem Nationalliberalen seine Stimme gibt, verdient kein besseres Los, als daß er in den Bergwerken, welche das Großkapital an der westfälischen Küste gründen will, verschmachtet, nachdem er unter den Peitschenhieben unheimlicher Aufseher zusammengeknickt. Denn so wird es kommen!“ (Nr. 178 vom 30. Juli 1884.)

Und für die Kandidaten dieser Partei machen die „Bergknappen“-Leute jetzt Stimmung! Als die Konfessionen und Zentrumsliberalen 1905 die preussische Bergarbeitergegnovelle verhinzelten, da schrieb der „Bergknappe“ am 27. Mai 1905: „Wer bisher noch die Hoffnung hegte, in der zweiten Lesung würde vernünftiger herauskommen, ist gründlich luriert.“

Und die Kandidaten dieser rücksichtslosen Scharfmacher wollen die „Bergknappen“-Leute jetzt in den Reichstag bringen! Dagegen soll Sue, der Schulter an Schulter mit den organisierten Kameraden aller Richtungen für die Bergarbeiterrechte kämpfte, zur Strecke gebracht werden. Am 11. Dezember 1911 jagte der Zentrumskandidat für „Saarbrücken, Gewerkevereinsmitglied Sauer mann in Dindweiler nach der „Saarpfost“: „Bei der letzten Berggesetzvorlage seien die Verbesserungsanträge des Zentrums an dem starren Sinn der Nationalliberalen gescheitert. Wenn die Verhältnisse der Saarbergleute im Abgeordnetenhaus zur Sprache kamen, haben nationalliberale Abgeordnete alles bestritten und gesagt, die Verhältnisse lägen anders. (Hört, hört!) Wenn hier ein scharfer Ton auf den Truben herrsche, so sei das nicht weiter schlimm, die Bergleute seien an den militärischen Ton gewöhnt. (Hört, hört!) Heute spielten sich diese Leute nun als die alleinigen Arbeiterfreunde auf. Man sollte es nicht glauben, daß dieser Partei noch Arbeiter nachlaufen könnten. (Sehr richtig!)“

Verbandsmitglieder!

Vergeßt ja nicht, die sehr günstige Zeit für die Werbung von neuen Mitgliedern auszunutzen! Die Geschäftslage bessert sich noch immer. Seitens der Grubenbesitzer sind deshalb Erhöhungen der Kohlen-,

Rohs- und Brikettpreise in Aussicht genommen. Von den notwendigen Lohnerhöhungen ist aber noch recht wenig zu spüren. Wohl hat sich hier und da, hauptsächlich wegen der flatternden Förderung, der Arbeiterverdienst etwas gehoben, auch sind in den Braunkohlenbezirken jetzt vielfach direkte Lohnzulagen erfolgt. Aber auch die Lebenshaltung wird noch teurer, die Bergarbeiterschaft bedarf dringend einer entsprechenden Lohnerhöhung. Je stärker der Verband, um so aussichtsreicher wird die Bewegung für die Lohnerhöhung sein.

Kameraden! In England sind die Unterhandlungen zwischen den Bergarbeitervertretern und den Sechenvertretern ergebnislos abgebrochen worden! Nunmehr werden unsere englischen Kameraden in einer Urabstimmung über den Beginn des Generalstreiks entscheiden! Kameraden, wir müssen uns also auf einen gewaltigen Bergarbeiterkampf gefaßt machen, der auch die Bergarbeiter Deutschlands nicht unberührt lassen kann. Kameraden, Verbandsmitglieder! Deshalb seid ihr aufgefordert: **Stärkt in allen Revieren die Reihen des Verbandes! Gewinnt rasch tausende und abertausende von den jetzt noch unorganisierten Arbeitsbrüdern!** Gerade die Unorganisierten sind das schwerste Hemmnis des Aufstieges der Bergarbeiterschaft. Werbet eifrig! Benutzt die Feiertage dazu! Jedes Verbandsmitglied muß mindestens ein neues Mitglied gewinnen. Alle Mann Hand angelegt! Es geht dann schnell vorwärts. Die Zeit drängt. Sie ist günstig für eine erfolgversprechende Vertretung der allgemeinen Bergarbeiterförderung: **Mehr Lohn!**

gegen Sie mit bruttischen Mitteln. Was glaubt denn der „Bergknappe“ eigentlich zu gewinnen, wenn Sie nicht wieder gewählt würde? Dem Bergarbeiterverband ging Sie doch nicht verloren und die sozialdemokratische Partei steht und fällt nicht mit der Zahl ihrer Parlamentsmandate. Sie wurzelt tief im Volke, alle Verfolgungen haben sie nur noch fester im Volke verankert. Die Massen der Bergarbeiter, die wiederholt die „schöne opportunistische Taktik“ des „Bergknappens“ anschanden gemacht haben, werden auch bei der Reichstagswahl allen Gewalten zum Trotz ihre Schuldigkeit tun. Sie werden alles daran setzen, um das „Nachspiel“ mit noch größerer Ehre zu vollenden wie die „Vorspiele“. Glück auf Kameraden, durch Nacht zum Licht!

Vernichtung der Gewerkschaften.

Wie wir noch in voriger Nummer unserer Zeitung mitteilten, beantragte der Zentralverband der großindustriellen Scharfmacher schon im Frühjahr 1911, dem § 211 im Entwurf des neuen Strafgesetzbuches eine Fassung zu geben, wonach das Streikpostenstehen mit Gefängnis oder Haft bis zu einem Jahre oder mit Geldstrafe bis zu 1000 Mark bestraft werden soll. Wir teilten ferner mit, daß der sächsische Staatsminister Graf Wittum v. Eckardt am 11. Dezember im sächsischen Landtage diesen Scharfmacherwünschen das weiteste Entgegenkommen aufzeigte.

Wie sich in den Köpfen der Herren Juristen die Kämpfe der Arbeiter um bessere Lebenshaltung und staatsbürgerliche Gleichberechtigung malen, dafür liefert einen Beweis der Gegenentwurf, der von einigen gelehrten Juristen zur Revision des Strafgesetzbuches gegen den Regierungsentwurf ausgearbeitet und vorgelegt worden ist. Wenn man diesen Entwurf in Zusammenhang bringt mit den Auslegungskünsten der Richter, die Erpressung und Nötigung in Lohnforderungen gesehen und dementsprechend gestraft haben, so bietet dieser Entwurf die Möglichkeit,

für Streikvergehen

auf zehn Jahre Zuchthaus,
auf lebenslängliche Einspernung
zu erkennen
50 000 Mark Geldstrafe

So schreibt ein Rechtsanwält dem „Vorwärts“:

„Zuchthaus ist § 89 des Gefangenenturfs hervorzuheben, wonach die Höchststrafe zwei Jahre Gefängnis beträgt, wenn es sich um einen „besonders schweren Fall“ handelt, d. h. „wenn die verübten Taten der Art bedeutend sind oder der Wille des Täters besonders stark und verwerflich erscheint.“

Da die Strafe auf Streikfänger selten die von den Richtern erstrebte erzieherische Wirkung ausübt, kommen für diese Kategorie von „Verbrechern“ auch die drakonischen Maßstrafen des Gegenentwurfs sehr in Betracht. Wenn nämlich jemand, der ein vorfälliges Vergehen verübt hat, binnen drei Jahren wiederum ein vorfälliges Vergehen (z. B. Scherungsverletzung Arbeitswilliger) begeht, das auf derselben Neigung beruht, wie die der vorausgehenden Bestrafung zugrunde liegende Tat (z. B. Streikflucht), so ist er als Rückfälliger besonders schwer zu bestrafen. Wenn es sich um ein Vergehen handelt, das mit mehr als sechs Monaten Gefängnis bestraft ist (z. B. also die Streikvergehen des vorgeschlagenen § 278 oder auch Verleumdung), so beträgt die Höchststrafe im dritten Rückfall zehn Jahre Zuchthaus (§ 96)! Wird festgestellt, daß der Täter ein „gewerbs- und gewohnheitsmäßiger“ Streikflüchter ist, so tritt diese Zuchthausstrafe bereits im ersten Rückfall ein (§ 97).

Ist der Täter nun aber gar fünfmal vorbestraft, darunter einmal — z. B. wegen Streikvergehens oder Verleumdung im Rückfall — mit Zuchthaus und erscheint er mit Rückfälligkeit hierauf als „gewerbs- und gewohnheitsmäßiger“ und für die Rechtsicherheit gefährlicher“ Verbrecher, so kann das Gericht nach § 98 neben der Strafe auf Unterbrechung des Verurteilten in eine lebenslängliche Einspernung erkennen. Die Dauer dieser Verurteilung, die eine lebenslängliche sein kann, wird von der Landespolizeibehörde bestimmt. Die Entlassung ist stets nur eine vorläufige.

Es mag unwahrscheinlich erscheinen, daß jemals derartige Maßnahmen gegen ehrenwerte streikende Arbeiter ergriffen werden könnten. Aber sicher nicht unwahrscheinlicher, als etwa bei Schaffung des geltenden Strafgesetzbuches die Anwendung des Erpressungsparagraphen auf ehrenwerte streikende Arbeiter erschien. Daß diese haarsträubenden Strafanordnungen gegen „gewerbs- und gewohnheitsmäßige Verbrecher“ auf „Schraubenschneider“ anwendbar sind, wird in der dem Gefangenentwurf beigegebenen Begründung (Seite 120) ausdrücklich betont. Streikflüchter und „Schraubenschneider“ gehören nun aber für unsere maßgebenden Kreise in dieselbe Menschheitskategorie.

Es sei noch bemerkt, daß der Gefangenentwurf unter einem „Rückfälligen“ nicht nur den versteht, der dasselbe Vergehen mehrfach begeht, sondern auch denjenigen, der auf Grund anderer Strafbestimmungen gegen eine Handlung, die „auf derselben Neigung beruht“, vorbestraft ist, z. B. den wegen Verleumdung vorbestraften Streikflüchter, der sich gegen § 278 vergeht.

Hervorgehoben ist ferner noch, daß die Streikflüchter des § 278, da ihre Handlung sicherlich oftmals von den Richtern als „auf Gewinnsucht beruhend“ angesehen werden würde, neben der Freiheitsstrafe mit Geldstrafe bis zu 50 000 (fünfzigtausend) Mark bestraft werden können (§ 85).

Damit dürften dann wohl die Wünsche der Scharfmacher, die sich nationalliberal nennen, befriedigt sein.

„Bergknappe“ und Berggewerbegerichtswahl.

In Nr. 50 des „Bergknappen“ versucht jemand den Schein zu erwecken, als habe bei der gestrigen Berggewerbegerichtswahl auf Holland III/IV die Zeche mit dem Verband gehalten. Es wird hier verfahren nach dem alten Motiv: „Haltet den Dieb!“ Es heißt dort der Letzte Wähler habe sich mit dem Stimmzettel vergiffen und sei durch vom Betriebsführer Otto darauf aufmerksam gemacht worden. Diese Behauptung ist aus den Fingern gesogen. Aber warum teilt

der Verleumdungsreiber den Lesern des „Bergknappen“ nicht mit, daß bei der letzten Sicherheitsmännerwahl auf Holland III dem Gewerbeverein von der Zeche ein Kompromiß angeboten worden ist? Von seiten der Zeche hat man dann um eine Liste der Mitglieder des Gewerbevereins nachgesucht. Der Bezirksleiter Franke und der Sicherheitsmann Glasner werden darüber gute Auskunft geben können. Der liebe Mühe ist vergebens, dem Verband dadurch eins anzuhängen. Derartige Märgeln, wie in dem Artikel, ziehen nicht mehr, das beweist die Wahl.

Vorstandswahlen zur Unterstützungskasse der Zeche Neumühl.

Bei den am 16. Dezember stattgefundenen Vorstandswahlen der Familien-Kranken- und Sterbefälle der Zeche Neumühl erhielten Stimmen:

Kurzbezirk	Holm-Markmann	Verband Gewerbeten	Polen
Dr. Müller	675	—	428
Büschmann	275	—	327
Meibersch	210	38	168
Milchmann	82	81	—
Holten	61	—	22
	27	80?	—

Insgesamt wurden also 2496 Stimmen abgegeben. Von der Gesamtzahl der abgegebenen Stimmen entfielen auf den Verband 57,5 Prozent, auf die Polen 37,8 Prozent, auf den Gewerbeverein nur 4,7 Prozent.

Sicherheitsmännerwahl auf Zeche Bauline.

Am 11. Dezember fanden hier die Ergänzungsarbeiten für zwei ausgeschiedene Sicherheitsmänner statt, welche ihren Posten niedergelegt resp. die Arbeitstelle gewechselt hatten. Große Hoffnung hatten nun die „Christen“ auf diese Wahl gesetzt, doch im Falle eines Erfolges den Ausschlag von ihrer Seite ganz zu lassen, um so ungehindert hinter den Kulissen arbeiten zu können. Es wurde deshalb von dieser Seite mit den schärfsten Mitteln gearbeitet. Durch allerhand Lügen und Verleumdungen gegen Verbandskameraden suchten die „Christen“ für ihre auf Lug und Trug aufgebaute Sache Propaganda zu machen. So mußte unter anderem auch das Märchen herbeigebracht, ein alterer Verbandskamerad habe die Krankenunterstützung eines anderen Kameraden unterschlagen. Ferner wurde am Tage vor der Wahl ein Flugblatt herausgegeben, in welchem ihre Kandidaten als weiter- und rückgratfrei bezeichnet wurden, dagegen die ausgeschiedenen Verbandsmänner als solche ohne Rückgrat, welche bei dem leichten Windstoß ihre Pläne feige ins Korn geworfen hätten. Doch diese schönen Phrasen helfen über die Wirklichkeit nicht hinweg. Im Revier III schienen die „Christen“ keinen weiter- und rückgratfreien Kandidaten zu besitzen. Doch man mußte sich zu helfen. Schon wochenlang vorher gingen Gewerbevereinsmitglieder damit herum, da sie selbst keine Aussicht auf Erfolg hätten, würden sie für den Zechenkandidaten stimmen. Dieses schien jedoch einigen Gewerbevereinsmitgliedern nicht zu passen und man hat und sollte deshalb diesen allezeitigen, erprobten, weiter- und rückgratfreien, bei verschiedenen Nötigungen sich vorgeblich um einen Posten bemühenden Zechenkandidaten, sich ihrer Organisation anzuschließen. Wemerk sei hier noch, daß dieser Kandidat es fertig brachte, sich selbst bei den Kameraden zu empfehlen, gleichzeitig prunzend, auch von Verbandskameraden gewählt zu werden. Dagegen versuchte er den vom Verbandsangehörigen Kandidaten in den Augen seiner Kameraden herabzusetzen. Es ist deshalb auch recht bezeichnend für die Christen, diesen Kandidaten als weiter- und rückgratfrei erproben hinzustellen, wenn man sich die Tätigkeit der „christlichen“ Sicherheitsmänner und Ausschussmitglieder betrachtet. So brachte es das „christliche“ Ausschussmitglied „über Tage“ fertig, einen Brief, den er von einem Kameraden erhalten hatte, welcher Beschwerden enthielt, in der Ausschussführung einfach dem Betriebsführer zu übergeben. Der „christliche“ Sicherheitsmann Kemper, welcher gleichzeitig Ausschussmitglied ist, benutzte zweimal den früheren Verbandsmänner Siepmann bei der Zechenverwaltung. Die Sünden der Zeche sieht er anscheinend nicht, während er es sieht, wenn ein Arbeiter seine Wetterfahne etwas zurück hat und dieser wird dafür bestraft. Der „christliche“ Sicherheitsmann Strögen sieht es nicht, wenn ganze Wetterfahnen fehlen und muß erst durch die Presse an seine Pflichten erinnert werden. Wer im Glashaufe ist, soll nicht mit Steinen werfen. Daß die ausgeschiedenen Kameraden stets gewissenhaft ihre Pflicht erfüllt hatten, zeigte so recht deutlich der Ausfall der Wahl, indem beide Verbandskameraden mit großer Majorität gewählt wurden. Darum, ihr Unorganisierten, hinein in den Verband der Bergarbeiter Deutschlands, wo allein wirklich rückgratfreie Kameraden sitzen, welche auch den Mut haben, in einer Lohnforderung eure Interessen zu vertreten.

Sind Berggewerbegerichtsvorwählende Augenbesitzer?

Zu unserer Nr. 50 der „Bergarbeiter-Zeitung“ unter vorliegender Heberdarft erhalten wir folgende angebliche Berichtigung:

„W o c h u m IV, den 18. Dezember 1911.“

An die Redaktion der „Bergarbeiter-Zeitung“, Bochum.
Auf Grund des § 11 des Berggesetzes erlaube ich Sie um Aufnahme nachfolgender Berichtigung zu dem Artikel: „Sind Berggewerbegerichtsvorwählende Augenbesitzer?“ in Nr. 50 Ihres Blattes vom 16. d. M.

„Es ist unrichtig, daß ich zugegeben habe, daß vieles auf dem Gebiete der Berggewerbegerichte faul sei und Ordnung geschaffen werden müsse im Staate Dänemark. Auch habe ich nicht gesagt, daß mir bekannt sei, daß viele Vergärte, welche Vorwählende der Spuchkammern wären, Augen inne hätten, somit träte die Unparteilichkeit stark in Zweifel. Vielmehr habe ich gesagt, es könnte möglich sein, daß einzelne Vergärte aus dem Unternehmerlande stammten, es wäre aber eine bodenlose Gemeinheit, den Herren deshalb vorzuwerfen, daß sie von vornherein Antipathie gegen die Arbeiter hätten. Bei den Berggewerbegerichten möge ja einiges Verbesserungsbedürfnis sein, aber das sei durch ein so rüpelhaftes Benehmen, wie es der Vorredner an den Tag gelegt habe, nicht aus der Welt zu schaffen.“

„Friedr. Trenkel, Jahresteiger.“
Diese angebliche Berichtigung entspricht nicht den Anforderungen des Berggesetzes und wir waren zu ihrer Aufnahme nicht verpflichtet. Wir haben sie aber gebracht, weil sie besser als alles andere Charakter und Ton dieses Herrn kennzeichnet. Inseiner Äußerungen werden übrigens dadurch nicht entkräftet, sondern weit eher bestätigt. In seinem Interesse hätte Herr E. diese „Berichtigung“ darum werden sollen. Wenn ihm jetzt vor seinen rednerischen Leistungen graut, hätte er schweigen sollen. Durch eine „Berichtigung“ aber werden Tatsachen nicht aus der Welt geschafft. In seinem Interesse wollen wir dem

Herrn aber den guten Rat geben, in Zukunft nicht mehr zu reden. Wir begen die Versicherung, daß er sich sonst noch in größere Ungelegenheiten hineinredet.

Oberbergamtbezirk Bonn.

Berggewerbegerichtswahl.

Für die Rheinprovinz sächste ist die Wahl zum Berggewerbegericht auf Samstag, den 20. Januar angelegt. Unsere Kameraden werden alles daran setzen, daß der Ausfall der Wahl den Meistwählenden, die vom Verbands im Oberbergamtbezirk Bonn mandt erzielt wurden. Dort hat unsere Organisation alle ihre Gegner weit hinter sich gelassen bei der Befolgung der Weisheitsmandate. Laßt uns dafür sorgen, Kameraden, daß auch hier die Wahl einen Sieg des Bergarbeiterverbandes darstellt.

Provinz Sachsen, Brandenburg u. Thüringen.

Entlarvter Schwindel!

Am 1. Dezember brachte der „Meißbote“ einen Aufsatz unter der Überschrift: „Seine höhere Anklage gegen die Sozialdemokratie.“ In einer Note war dazu bemerkt:

„Von einem Mitarbeiter aus Thüringen wird uns dieser bemerkenswerten Aufsatz eines sozialdemokratischen Bergarbeiters aus dem Meißburger Kreisgebiet, der durch den von der Sozialdemokratie im letzten Sommer fröbel in Szene gesetzten Streik mit Preis und Lohn in Not geraten ist, zur Verfügung gestellt.“

Der „sozialdemokratische Bergarbeiter“ erzählte in dem Aufsatz, er sei seit 15 Jahren gewerkschaftlich und politisch organisiert und auch als Funktionär tätig gewesen. Bei einer Hausagitation für die „Meißburger Postzeitung“, Ende Oktober hatte er in einem Dorfe einen früheren Jugendfreund getroffen, der ihn zum Mittagessen einlud. Hierbei habe der Jugendfreund dem sozialdemokratischen Bergmann erklärt, wie er selbst als Bergarbeiter zu Haus, Hof und Wohlstand gekommen sei. Das wäre ihm dadurch möglich geworden, daß er sich nicht organisiert und niemals einen Streik mitmachte. Der „sozialdemokratische Bergmann“ wurde durch die Erklärungen seines Jugendfreundes nachdenklich und rechnete zu Hause zusammen, was er an Beiträgen für die Organisation bezahle, und was er ferner durch Streiks, Auspersperungen usw. eingebracht habe. Und siehe da, er brachte die Summe von 4413 Mark heraus. Diese Ergründung wurde von einer großen Anzahl bürgerlicher und gelber Blätter mit der üblichen Brut nachgeprüft. Wir bezweifelten gleich die Richtigkeit der Angaben an der Hand der vorgeführten Zahlen. Jetzt hat die eingehende Untersuchung der Sache ergeben, daß die ganze Geschichte von Anfang bis zu Ende erlogen ist! Der „sozialdemokratische Bergmann“ existiert gar nicht, ebensowenig der „Jugendfreund.“ Als Erfinder des unverschämten Schwindels ist ein Bergmann Seebauer ermittelt. Derselbe ist weder politisch noch gewerkschaftlich organisiert, vielmehr ein gefählicher Gegner unserer Bewegung. Seebauer will bezeugen sein, der in 15 Jahren 4413 Mark für sozialdemokratische Zwecke geöpft hat — er hat aber niemals einen Pfennig dafür ausgegeben. Seebauer hat also genau so gehandelt, als er es seinem nicht vorhandenen Jugendfreunde anbedacht, und ist trotzdem a r m i e e i n e r r i c h e n m a u s. Es müßte gerade sein, daß er seinen „Meißbott“ in den katholischen Arbeiterverein oder ins „Maue Kreuz“ abgiefert hat, deren Mitglied Seebauer war. So sieht der „sozialdemokratische Bergarbeiter“ des „Meißbotes“ und seiner Klumpen aus, und so sind dessen „unumstößliche Darlegungen“ in ihrer überzeugenden Echtheit und Sachlichkeit“ beschaffen. Man könnte das Lügenpad beinahe bedauern.

Königreich Sachsen.

Bergscheidsgerichtswahlen Lugau-Deisnitz.

Mit dem 19. Dezember sind nun auch hier die Wahlen beendet. Verbandskandidat wurden gewählt aus den Werken der Kaisergrube, Helene-Jda, Pluto-Merkur, Vereinigtefeld und Vertrauensschächte. Auf Gottesfegen, Deutschland und Hedwig wurden die Werksbesitzer gewählt. Die Gottesfegen-Schächte sind eine Zuchtschule der Selben, wo von einem gleichen Wahlrecht den Verbandskandidaten gegenüber keine Rede sein kann. Die dortigen Vertrauensleute haben, trotz Warnung der Organisation, beschlossen, sich an der Wahl nicht zu beteiligen. Dieses war ein großer Fehler. Pöfentilich haben die Kameraden einsehen gelernt, daß sie damit so gut wie nichts erreicht haben und werden in Zukunft solche Seitenstünge unterlassen. Daß auf Hedwig die Verbandskandidaten unterlegen sind, haben wir der ausgesuchten Gleichgültigkeit zu verdanken, die dort herrscht. Diese schlechte Tugend haben wir schon bei früheren Wahlen beobachten können. Allerdings sucht auch das Werk durch Festlegung der Wahlzeit und Agitation das Wahlergebnis zu seinen Gunsten zu gestalten. Nicht nur daß die Tagesarbeiter förmlich zur Wahl kommandiert werden, sondern man drängt mit den Einjährern der Frühzeit, um der Verlesung das Wählen zu vereiteln. Bei einer stattgefundenen Nachwahl hat man die Wahlen von früh 7 bis 1/2 Uhr festgelegt. Wer während dieser Zeit wählen soll, bleibt Geheimnis der Werksverwaltung. Das Frühdrittel ist um 7 Uhr längst in der Grube, das Nachdrittel ist zu Hause und das Middagdrittel liegt noch im Bett. Weichen nur die Tagesarbeiter übrig, welche weichenen Werkfreunde sind. Uns muß es nur wundern, daß die Aufsichtsbefehle, das Königl. Bergamt, nicht erblich einmal den Werksverwaltung die Anweisung gibt, die Wahlzeiten so zulegen, daß allen Wählern die Möglichkeit geboten ist, ihr Wahlrecht auszuüben. Schließlich sind doch die Wahlen der Arbeitervertreter nicht der Unternehmer, sondern der Arbeiter wegen da. Wie man es auf Deutschland heile, Wahlen zu machen, ist kaum zu glauben. Wir möchten die Herren Beamten einmal dringend fragen, was sie denn eigentlich für ein Interesse an den Wahlen der Arbeiter haben. Würden sich es die Herren auch gefallen lassen, wenn die Arbeiter sich bei den Wahlen der Arbeitgebervertreter einmischen? Was soll es denn heißen, wenn ein Arbeiter zu den ausgesuchten Kandidaten der Verbands sagt: „Glückauf Herr Kandidat!“ Das ist eine ganz ungehörige Annahme, die wenig Bildung und Taktgefühl verrät. Ein Beamter sollte sich schämen, in dieser Form die Arbeiter anzurempeln. Nicht genug, daß man die Arbeiter verhöht, sondern man wirft sie dann noch auf die Straße, wenn sie ein gesetzliches Recht ausüben. Ein solches Vergehen muß von jedem anständigen Menschen beurteilt werden. Das sind die schlimmsten Terroristen, die solche Mittel anwenden, um die Rechte der Arbeiter illusorisch zu machen versuchen. Und diese Preise fordern Ausnahmegerichte, um dem angeblichen Terrorismus der Arbeiter zu begegnen. Wie aber würden diese Herren erst zeternd, wenn sich die Arbeiter auch nur den hundertsten Teil von dem herausnehmen, was man den Arbeitern täglich zu bieten magt. Erklären läßt sich das alles nur dadurch, daß man in den Arbeitern keine freien, gleichberechtigten Staatsbürger, sondern Hörige erblickt, die ganz nach der Pfeife der Grubenherrn und ihrer Beamten zu tanzen haben.

Bergarbeiter, rüstet zur Reichstagswahl!

Die letzten Berggewerbegerichtswahlen haben schon gezeigt, daß man auch vor der Vergewaltigung der freien Wahl nicht zurückschreckt. Schützt euer Wahlrecht! Wo die kapitalistischen Rnechte es wagen wollen, auch um euer freies, geheimes Wahlrecht zu bringen, da zeigt ihnen, daß die Zeit der Pappdeckelstimmzettel und der sonstigen Vergewaltigungen der Arbeiterwähler vorüber ist. Bergleute! Marschieret gegen die Unterdrücker der Wahlfreiheit in Massen auf. haltet ihr die entschlossene Wacht für das freie geheime Wahlrecht. Laßt euch von keiner Seite euer wichtigstes Bürgerrecht schmälern oder gar rauben! Schande über den, der sich zum Sklaven der Wahlrechtsfeinde niederdrücken läßt! „Es geht diesmal auf's Ganze!“ hat der konservative Junkerführer von Heydebrand erklärt. Merkt es euch, Kameraden: Es geht diesmal auf's Ganze! Alle Männer der Arbeit müssen deshalb am 12. Januar zur Wahlurne marschieren. Keiner darf zurück bleiben. Auf jede Stimme kommt es diesmal an! Darum auf, Bergleute, kommt am 12. Januar in Massen zur Wahlurne!

Der Kampf um die Volksrechte wird ein schwerer! Mit Unwahrheiten und Verleumdungen sollen die Wähler von den Volks-

Letzte Nachrichten.

Die Generalkonferenz der britischen Kameraden.

London, 21. Dezember 1911.
Wie schon die Tagespresse berichtet hat, beschloß die Konferenz der Bergarbeiterföderation Großbritanniens, eine Urabstimmung darüber vorzunehmen zu lassen, ob der Generalkonferenz zu erklären ist, um die auf der Generalversammlung in Southport beschlossenen Minimalloshorderungen durchzuführen. Die Frage, die alle 604 000 Mitglieder der Föderation mit Ja oder Nein beantworten sollen, lautet: „Sind Sie dafür, daß die Forderungen eingereicht werden, um das Prinzip eines Minimallohns für jeden unterirdisch beschäftigten Mann und Knaben in den Bergwerken Großbritanniens durchzuführen?“ Die Abstimmung wird am 10. und 12. Januar vorgenommen werden. Bis zum 18. Januar müssen alle Distrikte bei dem Generalsekretär Ashton einlaufen. Am 18. Januar wird die Konferenz der Bergarbeiter in Birmingham zusammentreten.

Auf der vorhergehenden Konferenz, die am 15. November in London stattfand, wurde, wie erinnerlich sein wird, beschlossen, die Verhandlungen mit den Unternehmern auf nationaler wie lokaler Grundlage fortzusetzen. Bestimmung für diesen Beschluß war das Verhalten der mittel-englischen Unternehmer, die sich prinzipiell für den Minimallohn ausgesprochen hatten. Sie hatten auch versprochen, die Vorschläge der Arbeiter ihren Auftraggebern zu unterbreiten. Schon im November war eine starke Minorität der Arbeitervertreter (namentlich Süd-Wales, Northumberland und Lancashire) für die sofortige Abstimmung über den Generalkonferenz. Die Mehrheit gegen den Beschluß kam durch die Spaltung der Spalten zustande, die mit ungebundenem Mandat erschienen waren.

Die Verhandlungen in Mittel-England haben zu keinem Resultat geführt. Die Sitzung der Mitglieder des mittel-englischen Einigungsamts, die in unverbindlicher Weise am 6. Dezember zusammentraten, führte zu keinem Ergebnis. Die Sitzung wurde auf den 18. Dezember verlegt. Auch die neuen Verhandlungen, die in einigen Revieren angebahnt wurden, führten zu nichts. In Süd-Wales und anderen Bezirken kam man überhaupt nicht mehr zusammen, da sich Arbeiter und Arbeitgeber nichts mehr zu sagen hatten. Krieg oder Frieden hing nun von der Zusammenkunft der Mitglieder des mittel-englischen Einigungsamts und der Konferenz zwischen dem erweiterten Vorstand der Bergarbeiterföderation mit den Vertretern der Werkbesitzer ganz Großbritanniens ab. Die Konferenz war für den 10. Dezember angesetzt. Die Sekretäre der beiden Parteien hatten es zu vereinbaren. Da beschlossen die Unternehmer am 12. Dezember, nicht an der gemeinsamen nationalen Konferenz teilzunehmen, da sie keinen Zweck habe. Die Sitzung des mittel-englischen Einigungsamts am 18. November brachte die Frage der Lösung auch nicht näher. Sie endete damit, daß die Unternehmervertreter erklärten, daß die Streitfrage, die nach den Erklärungen der Arbeitervertreter in einem anderen Punkte erlösche, an die Distrikte zurückgewiesen werden sollte. Was die Erklärungen der Arbeiter waren, ist nicht bekannt. Wahrscheinlich hatten die Arbeitervertreter den Vorschlag gemacht, in jedem Revier ein gemeinschaftliches Komitee zu ernennen, das die Löhne der beschäftigten Arbeiter und alten Leute besonders bestimmen soll. Auf alle Fälle ließe die Forderung der Unternehmer Mittel-Englands nicht den geeigneten Einfluß auf die Beschlüsse des Exekutivkomitees der Föderation oder der heutigen Konferenz.

Die Bergarbeiterkonferenz trat gestern zusammen. Es wurden nur die Berichte über stattgefundene Verhandlungen angehört. Wie man vernimmt, waren all diese Verhandlungen resultatlos verlaufen. Nachmittags hielt der Vorstand eine Sitzung ab, in der die heute von der Konferenz gefassten Beschlüsse aufgestellt wurden. Es muß als besonders beachtenswert betrachtet werden, daß diesmal der Antrag, den § 21 des Statuts (Generalkonferenz) in Anwendung zu bringen, nicht von einer Section der Konferenz kam, sondern vom Vorstand. Von Anfang an war es klar, daß der Beschluß, über den Generalkonferenz abstimmen zu lassen, mit großer Mehrheit angenommen werden würde. Die Sectionen kamen mit dem bestimmten Auftrag, für die Abstimmung einzutreten und ihre Frontänderung allein würde eine bedeutende Mehrheit ergeben haben.

Zur Proklamierung des Generalkonferenzen bedarf es laut Beschluß einer Zweidrittelmehrheit. Halbmitglied (Knaben) dürfen nicht mitzählen. Bekanntlich handelt es sich bei dieser Bewegung nur um den Minimallohn der Untertagsarbeiter. Die Obertagsarbeiter, deren Löhne nicht den großen Schwankungen ihrer unterirdisch beschäftigten Kameraden unterworfen sind, sollen später an die Reihe kommen. Nun haben einzelne Distrikte, namentlich Süd-Wales, auch Minimalloshorderungen für die Obertagsarbeiter gestellt. Um diese Abweichungen von dem Generalbeschlusse zu vermeiden, beschloß die Konferenz, alle Distrikte aufzufordern, ihre Minimalloshorderungen dem Generalsekretär einzuschicken. Der Vorstand soll dann die nötige Einigkeit herstellen und der Konferenz zu Birmingham Bericht erstatten. Nach dem, was man vernimmt, handelt es sich um eine einheitliche Formulierung. Man ist bemüht, alles Abweichende auszuscheiden. Daher verwarf die Konferenz auch die Forderung der Northumberlander, die Abschaffung des Dreischichtensystems in den Kreis der jetzigen Bewegung zu ziehen. Wichtig ist ferner der Beschluß, für die Schaffung von Einrichtungen einzutreten, die in jedem Distrikt die Löhne der Invaliden und alten Leute regulieren sollen. Der Generalkonferenz wurde, wenn er von der Zweidrittelmehrheit beschloßen wird, am 1. März ausbrechen. Die Kündigungssprache ist im britischen Bergbau sehr verschieden. Sie variiert von einem Tage bis zu einem Monat. Die längste Kündigungsfrist hat Süd-Wales, nämlich einen Monat. Dazu kann dort des Arbeiters „Anz“ nur am 1. des Monats gekündigt werden. Die Verhältnisse Süd-Wales sind daher für den

Anfang des Streiks maßgebend. Die Süd-Waleser müßten im Falle des Streiks am 1. Februar kündigen, damit der Kampf am 1. März anfangen kann.

Wird die Zweidrittelmehrheit zustande kommen? Um dies zu erfahren, wandte ich mich an einige der bedächtigsten Führer. Die Antwort lautete im allgemeinen: Gewiß, wenn wir uns nicht gewaltig täuschen sollten.“ Dieses Gefühl wird auch die alten Kameraden, die im Vorstand sitzen, geleitet haben, als sie sich für den Kampf entschieden. Die Verhandlungen der Konferenz fanden natürlich unter Ausschluß der Öffentlichkeit statt. Die obigen Beschlüsse wurden am Schluß der Konferenz der Presse übergeben. Ich kann aber noch hinzufügen, daß die Beschlüsse einstimmig gefaßt wurden.

Man hat während des letzten Monats so viel auf die scheinbar verständliche Haltung der Unternehmer Mittel-Englands geredet. Man glaubte, daß sich die mittel-englischen Werkbesitzer schließlich zur Anerkennung des Minimallohns bequemen und durch ihr Beispiel die anderen Landesteile mit sich ziehen würden. Die Handlungsweise dieser Unternehmer ist jedoch sehr verdächtig. Sie scheinen eine fahlsche Taktik zu befolgen. Vor einigen Tagen plagte der süd-walisische Scharfmacher Thomas, den man allseitig beschuldigte, die treibende Kraft in dem Widerstand des Unternehmertums zu sein, mit der Offenbarung heraus, daß nicht er, sondern mittel-englische Unternehmer auf der Konferenz der Bergwerkbesitzer den Antrag gestellt hätten, die Forderungen der Arbeiter abzuweifen. Natürlich verbindet dies keineswegs den Scharfmacher dieses Herrn, der über 40 000 Bergknechte versorgt und die Bergarbeiter nur zu gern in sein Joch zwingen möchte, wie er die Knappen des „Cambrian Combine“ gezwungen hat. Ich habe aus mehr als einer Quelle gehört, daß Herr Thomas und seine Gesinnungsgenossen die Ansicht hegen, daß den Bergarbeitern der Hafer reicht und daß sie nicht eher ruhig sein werden, bis daß sie tüchtig geschlagen worden sind. Das ist echte Unternehmerrhetorik. Daß sie von einem einflußreichen Teil des Unternehmertums gepöbelt wird, läßt nicht darauf schließen, daß die Unterhandlungen, die jedenfalls, sei es von der Regierung oder von einer der beiden Parteien in den nächsten Wochen versucht werden, etwas Ersprießliches zeitigen werden.

J. K.

Weihnachten des Bergmanns.

Am 22. Dezember, nachmittags 7 Uhr, ereignete sich auf Zechen Zuckenburg ein Schlagwetterexplosion, wodurch 6 Arbeiter getötet, 8 schwer und 1 leicht verletzt wurden. Nur 2 Tote und die Verletzten konnten gleich geborgen werden, während 4 Tote vielleicht jetzt, wo wir dieses schreiben, noch nicht geborgen sind. Die Aufwältigungsarbeiten gestalteten sich äußerst schwierig, da infolge der Explosion ein großer Teil der Strecke zu Bruch gegangen ist und immer neue Massen nachzusinken drohen.

Das Unglück ereignete sich auf der zweiten Sohle im südlichen Luerzschlag. Bei den dort herrschenden Verhältnissen haben einstichtige Bergleute ein solches Unglück seit langem befürchtet. Uns haben Kameraden erzählt, daß sie nur mit Angst und Schreden einführen, weil sie fortgesetzt ein Unglück befürchteten. Die Zechen gehört dem Bodumer Verein. Im August 1909 wurde mit dem Abteufen begonnen. Schon im November 1910 hatte man fünf bewundernswürdige Flöße durchstößt, die gute Ausfälle lieferten. Alle Flöße wurden eingesetzt, um möglichst schnell mit der Kohlenförderung beginnen zu können. Dabei wurde nicht immer mit der erforderlichen Sorgfalt gearbeitet. Besonders gefährlich das nicht in der Unglücksstrecke.

Die Schlagwetterbildung war dort besonders stark und es hätte nur mit ganz besonderer Vorsicht gearbeitet werden dürfen. Das geschah nicht. Die Arbeiter hegen die Befürchtung, daß selbst beim Durchfahren der Schlagwetterreichen Flöße nicht mit Sicherkeitssprengstoff, sondern mit Dynamit geschossen wurde. Die Ansetzung der Schlagwetter war so stark, daß die Wetterungseinrichtungen nicht immer ausreichen, um die Betriebspunkte schlagwetterfrei zu halten. Flöz G. war glücklicherweise zwei Tage vor dem Unglück mit der zweiten Sohle durchschlägig geworden, sonst wären die Folgen vielleicht noch schlimmer gewesen. Von Flöz G. ab war der Luerzschlag aber vielleicht noch 100 Meter weit hereingetrieben, mehrere Flöße waren durchfahren, aber mit der ersten Sohle nicht durchschlägig gemacht. Darunter mußte die Wetterung leiden. Kameraden, welche die Verhältnisse genau kennen, verziehen uns, daß die Wetterführung durch Kotten kaum ausgereicht habe, vor Ort zu halten, in der Strecke hätten fast immer Schlagwetter gestanden. Es wird sogar befürchtet, daß wegen der starken Schlagwetter im Dunkel geböhrt und trotzdem mit Dynamit abgeschossen wurde. Wäre auch nur ein Teil von dem zu treffenden was uns von durchaus zuverlässigen Kameraden mitgeteilt wurde, muß man sich wundern, daß das Unglück nicht schon eher herein gebrochen ist. Wegen Raumangel müssen wir uns eine eingehende Würdigung der ganzen Verhältnisse für die nächste Nr. vorbehalten.

Verbandsnachrichten.

Arbeitslosenzählung.
Da mit Ablauf dieses Monats auch gleichzeitig Quartalschluß ist, ist für das ganze Quartal über die Arbeitslosigkeit zu berichten, es müssen also die gelben Karten zur Berichterstattung vermandt werden. Wir ersuchen die Ortsverwaltungen, die Verlichtskarten rechtzeitig, also spätestens am 4. Januar, an den zuständigen Bezirksleiter abzugeben.

Bücherrevision.
In folgenden Bestellen findet Revision der Mitgliedsbücher statt und werden die Kameraden gebeten, dieselben bereit zu legen, damit den Revisoren unnötige Wege erspart bleiben:
Dreier. Vom 1. bis 15. Januar.

Zahlstellen-Versammlungen und Steuertage.

Groß-Mohrenbr. Jeden Samstag nach dem 13. und 27. des Monats, abends 7 Uhr, im Lokale des Herrn Müller, Gewerkschaftshaus, Haberstraße.
Nombach. Jeden Samstag nach dem 13. und 27. des Monats, abends 6 Uhr, im Lokale des Herrn Wagner, Sackstraße.
Hofflingen. Jeden Samstag nach dem 13. und 27. des Monats, abends 7 Uhr, im Lokale des Herrn Dement.
Schmiebedach. Jeden ersten Mittwoch im Monat: Steuertag, Schmiebedach. Jeden letzten im Monat, abends 8 Uhr, im Gasthof „Meininger Hof“. Kutzerweihbach. Jeden letzten Sonnabend im Monat, nachmittags 4 1/2 Uhr, im Gasthof „Zum Hirschen“.

Jeden Sonntag nach dem 25. des Monats:
Auerbach. Abends 7 Uhr, im Gasthof des Herrn Heßig in Auerbach.
Cresbach. Abends 7 Uhr, im Restaurant „Amelsta“.
Forsbach. Nachmittags 4 Uhr, im Lokale des Herrn Blumhagen.
Hofsch. Nachmittags 3 Uhr, im Gasthaus „Zum schwarzen Wirt“.
Hunstedt. Abends 7 Uhr, im Lokale des Herrn Gustav Walle.
Schmiebedach. Abends 7 Uhr, im Restaurant des Schiedener Kaufmannvereins.
Sodlingen. Vormittags 10 Uhr, im Lokale des Herrn Wegmann, Friedrichstraße.

Jeden letzten Sonntag im Monat:
Alte-Büßig. Nachmittags 3 Uhr, im Lokale des Herrn Böhm (Bräuerei).
Alte-Büßig. Nachmittags 3 Uhr. Wo? sagt der Wirt.
Alte-Büßig. Vormittags 4 Uhr, im Lokale des Herrn E. Becker, „Deutscher Kaiser“.
Alte-Büßig. Nachmittags 3 Uhr, im Lokale des Herrn Felix Uttenmeyer.
Auerbach. Vormittags 10 1/2 Uhr, im Lokale des Herrn Braun.
Bergheim. Vormittags 11 Uhr, im Lokale des Herrn Willh. D. Lappe.
Bergheim. Vormittags 10 1/2 Uhr, im Lokale des Herrn Hasberg in Altentisch.
Bergheim. Nachmittags 2 Uhr, im Lokale des Herrn H. Fiebig.
Bielefeld. Vormittags 11 Uhr, beim Vertrauensmann.

Bittermar. Nachmittags 6 Uhr, im Lokale des Herrn E. Hing.
Bittermar IX (Ober-Steineth). Nachm. 4 Uhr, im Lokale des Herrn Ock, Steineth.
Bodelshausen. Vormittags 10 Uhr, im Lokale des Herrn Brandt in Westerbild.
Bodelshausen. Nachmittags 3 Uhr, im Gasthof in Westerbild.
Bodelshausen-Hörschholz. Vormittags 11 Uhr, im Lokale des Herrn Otto Müller Deufen.
Bodelshausen. Nachmittags 3 Uhr, im Lokale des Herrn Gimm.
Bodelshausen II. Vormittags 10 Uhr, im Lokale des Herrn Götter, Landwehrstr. 82.
Cresbach. Nachmittags 4 Uhr, wo? sagt der Wirt.
Cresbach (Wald). Abends 7 Uhr, im Lokale des Herrn Joh. Gaus, Bahnhofstr. Ende.
Cresbach. Nachmittags 3 Uhr, im Lokale des Herrn Steinhilber, Auf den Pöthen.
Cresbach II. Nachmittags 4 Uhr, im Lokale des Herrn Schulte.
Cresbach (Hühner). Vormittags 11 Uhr, im Lokale des Herrn Heptam, Steierstraße.
Falkenhain. Nachmittags 3 Uhr, im Gasthof „Zum deutschen Kaiser“.
Hörschholz. Nachmittags 4 Uhr, im Lokale des Herrn Michel Johann.
Hörschholz V (West-Steineth). Nachmittags 4 Uhr, im Lokale des Herrn Simon, Gele König Wilhelm- und Hülsmannstraße.

Haller. Nachmittags 3 Uhr, beim Kameraden Volkmar, Westerbildstr. 117.
Haller-Bohndorf. Vormittags 11 Uhr, wo? sagt der Wirt.
Haller I. Nachmittags 3 Uhr, im Lokale des Herrn Kampmeier, Schmalstraße.
Haller-Bohndorf. Nachmittags 3 Uhr, im Lokale des Herrn Neumann in Bohndorf.
Hallinghausen. Nachmittags 3 Uhr, im Lokale des Herrn Schuler in Hiddinghausen II.
Hallinghausen. Nachmittags 2 Uhr, im Lokale des Herrn Daniel Wöhler.
Hallinghausen II. Nachmittags 4 Uhr, im Lokale des Herrn Karl Schwachenberg.
Hallinghausen. Nachm. 4 Uhr, im Lokale des Herrn Hattenbühl in Hiddinghausen.
Hallinghausen. Nachmittags 4 Uhr, im Lokale des Herrn Hubert.
Hallinghausen-Mühlheim. Nachmittags 5 Uhr, im Lokale des Herrn Brand in Helling.
Hallinghausen. Nachmittags 5 Uhr, im Lokale des Herrn Gries, Chausseestraße.
Hallinghausen. Nachmittags 3 Uhr, im Lokale des Herrn Josef Sungen.
Hallinghausen. Nachmittags 4 Uhr, im Lokale des Herrn S. Weck.
Hallinghausen. Nachmittags 3 Uhr, im Lokale der Witwe Stiller.
Hallinghausen. Vormittags 11 Uhr, im Lokale des Herrn Wittinghausen. Vortrag.
Haller. Nachmittags 3 1/2 Uhr, im Lokale des Herrn Schulte (fr. Meining), Hellingstr. 45.
Hallinghausen (Hühner). Nachmittags 5 Uhr, beim Kameraden Karl Schmidt, Kreuzstr. 1.
Hallinghausen. Nachmittags 4 Uhr, im Lokale des Herrn Karl Selter.
Hallinghausen. Nachmittags 4 Uhr, im Lokale des Herrn Wöhler, Hellinghausen.
Hallinghausen. Nachmittags 2 Uhr, im Gasthof Hühnerbüsch.
Hallinghausen. Nachm. 4 1/2 Uhr, im Lokale des Herrn D. Köpplig, „Zur Parkseite“.
Hallinghausen-Falkenhain. (Zweitageslicht). Im Gasthof „Zum deutschen Kaiser“.
Hallinghausen. Nachmittags 4 Uhr, im Lokale des Herrn Knop (früher Hühner).
Hallinghausen. Vorm. 11 Uhr, im Lokale des Herrn S. Wöhler in Hellinghausen.
Hallinghausen. Nachmittags 4 Uhr, im Lokale des Herrn R. Hühner.
Hallinghausen. Vormittags 11 Uhr, im Lokale des Herrn W. Sack.
Hallinghausen. Nachmittags 3 Uhr, im Gasthof in Hellinghausen.
Hallinghausen. Abends 8 Uhr, im Gasthof „Hellinghausen“.
Hallinghausen. Nachmittags 4 Uhr, im Lokale des Herrn Johann Berg.
Hallinghausen. Nachmittags 3 Uhr, im Gasthof in Hellinghausen.
Hallinghausen. (Reitstange Licht). Im Gasthof „Zur Wartburg“.
Hallinghausen. Nachmittags 3 Uhr, im Gasthof des Herrn Wöhler.
Hallinghausen I. Nachm. 4 Uhr, im Lokale des Herrn Meier (fr. Hof) in Hellinghausen.
Hallinghausen. Nachmittags 4 Uhr, im Lokale des Herrn Embe, Hellinghausen.
Hallinghausen. Nachmittags 4 Uhr, im Lokale des Herrn Giesberg.
Hallinghausen. Vormittags 11 Uhr, im Lokale des Herrn Spieß.
Hallinghausen I. Nachmittags 4 Uhr, im Lokale des Herrn Busch, Hellinghausenstr. 6.
Hallinghausen. Vormittags 11 Uhr, im Lokale des Herrn Hühner.
Hallinghausen-Dürschholz. Nachm. 6 Uhr, im Lokale des Herrn E. Kreis, Dürschholz.
Hallinghausen. Vormittags 11 Uhr, im Lokale des Herrn Seidenfäcker (Lohhalle).
Hallinghausen. Nachmittags 5 Uhr, im Lokale des Herrn Geymann.
Hallinghausen. Nachmittags 4 Uhr, im Lokale des Herrn Heinrich Sommer.
Hallinghausen. Nachmittags 4 Uhr, im Lokale des Herrn Brockmann.
Hallinghausen a. d. H. Nachmittags 4 Uhr, im Gasthaus Dreiner, Südbühnen.
Hallinghausen. Abends 7 Uhr, im „Bauerhofhühner“.

Sonntag, den 31. Dezember 1911:
Hallinghausen. Nachmittags 3 Uhr, in der Gemeindebücherei.
Hallinghausen II. Vormittags 10 Uhr, im Lokale des Herrn Strauß, „Zur steilen Höhe“.
Es ist Pflicht aller Kameraden, diese Versammlungen zu besuchen!

Allen
Verbandsmitgliedern, Freunden
und Kampfgenossen
ein
fröhliches Neujahr!
Verbandsleitung und Redaktion

Zahlstellen-Feste.
Lautrop-Horstmar. Sonntag, 31. Dezember (Silvester) nachmittags 3 Uhr, im Lokale des Herrn Heinrich Meierling. Zahlstellen-Ausgabe, bestehend in Theater und Ball. Musik und Theater führen Kameraden unter Zahlstelle aus. Eintritt haben nur Mitglieder 50 Pf. 1068
Stiepel I u. II. Sonntag, den 31. Dezember (Silvesterabend), nachmittags 6 Uhr: Weithörsenes Zahlstellenfest, bestehend in Konzert, Gesangsvorlesungen, humoristischen Vorträgen, Verlosung für Damen und Ball. — Zur Bedienung der Karten zählt jedes Mitglied 30 Pf., wogegen ihm vom Vorkaufspreise eine Karte ausgehändigt wird. Mitgliedsbuch legitimiert. In diesem gereichen Beachtung wird freundlich eingeladen.
Zur gefl. Beachtung!
Bestellungen auf Bücher, Broschüren, Futurale usw., welche mit dem Zeitungsverband erledigt werden sollen, müssen spätestens bis Sonntag vormittags bei uns eingehen. Nachfolgend folgende Bestellungen erst am Dienstag vormittags hier an, dann ist es meistens zu spät, die bestellten Sachen noch mit der Zeitung an zu erhalten. Wer das Gewünscht rechtzeitig haben will, bestelle auch rechtzeitig.
B. Hansmann & Co. in Bochum.

Wir empfehlen ein von einem Juristen verfasstes und vom Verbandsvorstande herausgegebenes Schriftchen:
Verfahren vor dem Berg-Gewerbegericht
Das Schriftchen gibt Aufklärung über die Rechte und Pflichten der Berggewerbe- und Bergscheidungsgenossen-Reisitzer und enthält auch sonst mancher wichtigen Fingerzeig für solche Kameraden, welche beim Berggewerbegericht Hilfe suchen müssen.
Der Preis dieser Broschüre ist 10 Pf. Mitglieder des Verbandes der Bergarbeiter bei Einzelbezug 20 Pf., bei Partienbezug 25 Pf.
Bestellungen erbeten an die Firma
H. Hansmann & Co. in Bochum,
Wismelhauserstrasse 38-42.
Reklamatur ist in unserer Druckerei zu haben.

Die Bochumer
Gewerkschafts-Bibliothek
ist geöffnet jeden Sonntag, von mittags von 9. bis 11 1/2 Uhr, und jeden Mittwoch, abends von 7. bis 9. Uhr, im Wartezimmer des Arbeiters-Sekretariats Wismelhauserstraße 38a, 1. Etage.
Beerdigungs-Anzeigen
Formulare zum Ausfüllen für die einzelnen Zahlstellen
100 Stück 50 Pf.
H. Hansmann & Co., Bochum.